

**Arbeit** *und Zukunft  
sind für alle da.*

**Gerechtigkeit** *als Grundlage für  
unser Zusammenleben.*

**Bürgernähe** *und Wärme für die  
Menschen in Sachsen.*



Das Wahlprogramm der SPD in  
Sachsen zur Landtagswahl 1999

SPD-Landesverband Sachsen

A 00 - 00472

Sachsen

**SPD**

•  
•  
•

# **Arbeit**

und Zukunft sind für alle da.

# **Gerechtigkeit**

als Grundlage für unser Zusammenleben.

# **Bürgernähe**

und Wärme für die Menschen in Sachsen.



A 00 - 00472

Herausgeber: Lutz Kätzel, Landesgeschäftsführer, SPD-Landesgeschäftsstelle,  
Wittenberger Str. 72, 01309 Dresden, Tel. 0351-43356-0  
e-Mail: [lv-sachsen@spd.de](mailto:lv-sachsen@spd.de)

Druckverarbeitung: Druckhaus Dresden GmbH, Bärensteiner Str. 30,  
01277 Dresden, Tel. 0351-318700

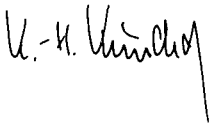
**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

mit dem Ruf "Wir sind das Volk" gingen vor 10 Jahren Hunderttausende auf die Straße. Mit diesem Ruf nach der Herrschaft des Volkes meinten wir damals auch das Recht auf freie Wahlen. Das Recht, unsere Regierung selbst zu wählen, müssen wir nutzen. Sonst bestimmen andere, wer im Land das Sagen hat. Ich möchte deshalb alle in Sachsen auffordern, zur Landtagswahl am 19. September zu gehen, um über die Zusammensetzung des Sächsischen Landtags und der Sächsischen Staatsregierung zu entscheiden.

Die letzten 10 Jahre waren insgesamt gute Jahre. Durch harte Arbeit und die Fähigkeit, mit großen Veränderungen umzugehen, haben wir viel erreicht. Aber es fehlt auch viel in Sachsen. Es fehlt an Arbeit, an Gerechtigkeit und an Bürgernähe. Das wollen wir ändern. Wie wir dies tun wollen, steht in unserem Programm.

Kommen Sie mit uns ins Gespräch. Entscheiden Sie, ob wir die Probleme richtig erkannt haben und die besseren Lösungen anbieten. Umsetzen können wir das Programm allerdings nur, wenn Sie die sächsische SPD wählen.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K.-H. Kunckel', written in a cursive style.

Karl-Heinz Kunckel

# Inhaltsverzeichnis

Wirtschaft und Arbeit: Modernisieren und stabilisieren.....	5
Stadtentwicklung und Verkehr: Infrastruktur entwickeln – Mobilität sichern .....	13
Ländlicher Raum: Dem Land eine Zukunft geben .....	18
Berufliche Bildung und Weiterbildung: Endlich die Herausforderungen annehmen.....	20
Finanzen: Den Haushalt solide gestalten, Mittel gerecht verteilen und modern verwalten .....	23
Sozial- und Gesundheitspolitik: Jetzt Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit herstellen .....	26
Kinder und Jugend: Chancen und Entfaltung sichern .....	33
Alter: Die Selbstbestimmung sichern.....	36
Frauen: Die Gleichstellung erreichen .....	38
Familie: Die Leistung anerkennen .....	41
Schule: Besser auf das Leben vorbereiten .....	43
Hochschulen und Wissenschaft: Die Zukunft nicht verbauen .....	46
Kultur: Werte wahren und Freiräume fördern .....	49
Umwelt: Nachhaltig nutzen .....	53
Innere Sicherheit: Zukunft in Freiheit und Sicherheit gestalten .....	56
Freistaat und kommunale Selbstverwaltung: Auf den Bürger zugehen .....	61
Sachsen in Europa: Auf die Nachbarn zugehen.....	67

# **Wirtschaft und Arbeit: Modernisieren und stabilisieren**

Sachsen hat in den letzten drei Jahren seine Spitzenstellung unter den ostdeutschen Bundesländern verloren. Die Wirtschaftspolitik der CDU ist verantwortlich dafür, daß die sächsische Wirtschaft seit 1996 hinter Thüringen und Brandenburg zurückgefallen ist.

Im Jahr 1998 wuchs Sachsens Wirtschaft nur noch um 1,2 Prozent; die anderen ostdeutschen Flächenländer lagen dagegen im Durchschnitt bei 2,2 Prozent. Eine Entwicklung, für die die Regierung Biedenkopf die Verantwortung trägt. Diese negative Entwicklung hat natürlich deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Beim Abbau der Arbeitslosigkeit ist Sachsen zehn Jahre nach dem Fall der Mauer das Schlußlicht unter allen neuen Bundesländern.

In enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung wird die sächsische SPD eine Wirtschaftspolitik entwickeln, die den sächsischen Unternehmen den sicheren Schritt in das nächste Jahrtausend ermöglicht. Wir, die sächsischen Sozialdemokraten stehen dabei für eine innovative Wirtschaftspolitik, die sich an den Erfordernissen der Zukunft und an den Menschen in Sachsen orientiert.

Dafür werden wir wichtige Grundsteine legen:

## **Der Beschäftigungspakt für Sachsen**

Mehr als eine halbe Million Menschen suchen in Sachsen Arbeit. Die CDU verweigert sich einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir werden einen "Beschäftigungspakt Sachsen" für unser Land schaffen, an dem alle an der Wirtschaft beteiligten teilnehmen. Das Ziel ist klar definiert: Mit einem neuen Politikstil werden Handlungsspielräume für eine kooperative Beschäftigungspolitik erschlossen und voll ausgeschöpft.

Der Beschäftigungspakt ist ein neuer, moderner Ansatz von Politik. Er trägt dazu bei, daß in den Regionen ein Klima der gegenseitigen Verantwortung

wächst, durch das selbstzerstörerischer Kostenwettbewerb, Lohndumping, Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Zahlungsunwilligkeit zurückgedrängt werden und sich die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärker weiterentwickeln.

Öffentliche Aufträge müssen vorrangig an nachweislich auszubildende und soziale Mindeststandards einhaltende sächsische Unternehmen vergeben werden. Das werden wir per Gesetz sichern. Bundes- und Landesbehörden müssen mit harter Hand gegen die illegale Beschäftigung vorgehen, auf dem Arbeitsmarkt muß wieder Recht und Ordnung gelten. Der selbstzerstörerische Konkurrenzkampf, besonders im Bereich der Bauwirtschaft muß sofort beendet werden. Die Investitionskraft der sächsischen Kommunen wird durch eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs gestärkt werden. Der Rückgang kommunaler Bauinvestitionen muß gestoppt und die staatliche Förderpolitik muß erheblich vereinfacht werden.

Staatliche Aufträge und Fördermittel sollen die regionalen Wirtschaftskreisläufe unterstützen und die in den einzelnen Regionen vorhandenen Potentiale erschließen. Wir werden den Aufbau unternehmensübergreifender Kooperationen und regionaler Netzwerke fördern und begleiten.

## **Die Zukunftsinitiative für Sachsen**

Sachsens Zukunft hängt von seinem wirtschaftlichen Erfolg ab. Dafür wird die sächsische SPD eine "Zukunftsinitiative" starten. Dabei werden die bereits entwickelten industriellen Kerne und Kernkompetenzen als Katalysatoren für eine regional verankerte Wirtschaft genutzt, die eigene – eben regionale – Wertschöpfungsketten und Innovationsnetze bildet.

Die "Zukunftsinitiative für Sachsen" – finanziert durch einen zeitlich angepaßten Abbau der staatlichen Neuverschuldung – steht auf mehreren Säulen. Gefördert werden:

- Schaffung neuer Arbeitsplätze in Unternehmen, die mit modernsten Technologien arbeiten;
- Unterstützung von Existenzgründern, die im Hochtechnologiebereich Arbeitsplätze schaffen;



- Förderung von Netzwerken und Kooperationen zwischen Unternehmen, Universitäten, Fachhochschulen, Instituten und privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen.

Von besonderer Bedeutung ist für die sächsische SPD in diesem Zusammenhang die Verknüpfung unserer traditionellen Branchen mit den Schlüsseltechniken des 21. Jahrhunderts. Dabei sollen moderne Arbeitsplätze im produzierenden Bereich und produktionsbezogene Dienstleistungen gezielt gefördert werden. Moderne Wirtschaftspolitik muß die grundlegenden strukturellen Veränderungen unserer Produktionsgesellschaft hin zu einer Wissens-, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft aufnehmen.

Im Rahmen unserer "Zukunftsinitiative für Sachsen" werden wir den Ausbau der Infrastruktur vorantreiben. Das gilt für die Verkehrsinfrastruktur und die moderne Kommunikationsinfrastruktur. Dieser Ausbau wird den Wirtschaftsstandort Sachsen stärken, dem Niedergang der sächsischen Bauwirtschaft und des davon betroffenen Handwerks entgegenwirken.

## **Das Mittelstandsprogramm für Sachsen**

Dem sächsischen Mittelstand gilt unsere besondere wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit. Im Rahmen unseres "Mittelstandsprogrammes für Sachsen" werden wir die Förderinstrumente an den jeweiligen Erfordernissen von Handel, Dienstleistung, Handwerk und produzierenden Mittelstand ausrichten. Im Zuge einer gründlichen Entbürokratisierung werden die Genehmigungsverfahren verkürzt und vereinfacht. Das für kleine und mittlere Unternehmen kaum durchschaubare Förderdickicht wird in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung gründlich gelichtet. Kernpunkte sind:

- eine Investitionsförderung, die verlässlich, langfristig und einfach zu handhaben ist und den Aufbau Ost wirkungsvoll unterstützt;
- die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und eine flankierende Bereitstellung von Start- bzw. Risikokapital;
- die Erschließung neuer Märkte, wirkungsvolle Exporthilfen und die verstärkte Qualifizierung von Fach- und Führungskräften für ausländische Märkte;

- die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sowie deren Markteinführung.

In Zusammenarbeit mit der Bundesregierung wird sofort dafür gesorgt werden, daß im Rahmen des neuen Bundesgesetzes die Zahl der Zahlungsausfälle drastisch reduziert und die Zahlungsfristen verkürzt werden. Wir werden es nicht länger zulassen, daß unter Ausnutzung durch Zahlungsverweigerung und -verzögerung Unternehmen in den Konkurs getrieben werden.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Mittelstandsprogrammes ist die Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels durch steuerliche Erleichterungen und die bevorzugte Vergabe von Fördermitteln. Damit wird endlich der Verödung unserer Innenstädte wirkungsvoll entgegen gesteuert werden.

Die Förderung eines umweltverträglichen Tourismus wird das "Mittelstandsprogramm für Sachsen" abrunden.

## **Die Kommunalen Sparkassen Sachsens erhalten**

Die sächsischen Sparkassen sind ein wichtiges Instrument unserer Kommunen. Mit ihrem dichten Filialnetz und ihrer mittelstandsfreundlichen Kreditvergabe kommen die kommunalen Sparkassen einem sinnvollen öffentlichen Auftrag nach, zu dem nicht ausschließlich die Gewinnmaximierung zählt.

Der von der CDU einsichtslos verteidigte Plan einer zentral geführten Finanzholding soll vor allem Gewinne für ihre Anteilseigner erwirtschaften. Das mag unter Umständen gut für die Anteilseigner sein, schlecht ist es auf alle Fälle für die sächsische Wirtschaft. Eine solche Holding wird weniger Wert auf eine mittelstandsfreundliche Kreditvergabe legen. Auch werden die Sparkassen längere Zeit als heute benötigen, um Kredite vergeben zu können, weil sie sich erst mit der Holding abstimmen müssen. Aus diesen Gründen lehnt die sächsische SPD die Errichtung einer Finanzholding ab. Die SPD setzt sich für den vollständigen Erhalt der kommunalen Sparkassen ein.

## **Neue Wege bei Arbeit und Beschäftigung für Sachsen**

Ergänzend zur Arbeit der Bundesregierung werden wir eine spezifisch sächsische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik fördern.

Uns geht es um drei Säulen:

- gezielte Förderung von Entwicklungen in Forschung und Technologie, um neue Arbeitsplätze zu schaffen;
- Prävention in den Unternehmen, um Anpassungen an die aktuellen Erfordernisse einzuleiten und damit Entlassungen zu vermeiden;
- Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie die Erschließung neuer Arbeitsfelder, um eine Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Die SPD in Sachsen hat das Modell der Regionalagenturen entwickelt. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und staatlichen Einrichtungen werden auf Regionalforen Leitbilder entwickelt, die dann in konkrete Projekte umgesetzt werden. Diese Projekte sollten besonders auch Frauenarbeitsplätzen zugute kommen.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Sofortprogramm Fakten gegen die erdrückende Jugendarbeitslosigkeit geschaffen. Wir werden ihr Programm "Jugend mit Perspektive" in Form eines gesonderten Landesprogrammes "Chance 99" ergänzen. Die Qualifikation und Integration junger Menschen durch eine verstärkte Förderung der überbetrieblichen beruflichen Erstausbildung und der nochmaligen Qualifizierung und nachhaltigen Vermittlung wird neue Maßstäbe setzen.

Als SPD werden wir dafür Sorge tragen, daß Frauen in die Maßnahmen des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes entsprechend ihres Anteils an der Arbeitslosigkeit aufgenommen und bevorzugt für zukunftsfähige Berufsfelder qualifiziert werden.

Oberstes Ziel ist für uns die Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit. Dazu sind tarifvertraglich abgesicherte und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten notwendig. Eine steigende Bedeutung kommt dabei den Beschäftigungsangeboten der Kommunen und Landkreise zu. Im Rahmen der

kommunalen Daseinsfürsorge sollen Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfempfeänger Angebote zur Verrichtung von Arbeiten, die im öffentlichen Interesse sind, erhalten und durch eine damit verbundene Qualifizierung wieder in die Arbeitsgesellschaft integriert werden.

Das Prinzip "Entlohnung statt Sozialhilfe" muß in den Vordergrund rücken. Die Teilung der Menschen in Arbeitsbesitzer und Arbeitslose kann nur durch das Teilen von Lohn und Arbeit überwunden werden.

## **Eine neue Unternehmenskultur in Sachsen schaffen**

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital ist für uns Sozialdemokraten ein Weg zu einer gerechteren Verteilung von Vermögen. Sie trägt bei zu einer neuen, modernen Unternehmenskultur vor allem in mittelständischen Betrieben und unterstützt so die Integration der Arbeitnehmer in die soziale Marktwirtschaft. Damit entsteht in den Belegschaften eine starke Motivation, sich für den Erfolg der Unternehmen zu engagieren und mit eigenen Ideen die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren auf den Weg zu bringen. Allerdings darf die Beteiligung der Arbeitnehmer kein Instrument werden, um kurzfristige wirtschaftliche und finanzielle Schwächen der Unternehmen ausgleichen zu wollen.

Wir werden deshalb verschiedene Modelle der Mitarbeiterbeteiligung anregen und fördern. Dabei werden wir auch Modelle entwickeln, in denen die durch die Unternehmen in treuhänderischer Verantwortung übernommenen staatlichen Fördermittel schließlich den am Unternehmen beteiligten Mitarbeitern zugute kommen. Sowohl das Land wie auch die Unternehmen selbst sollten sich durch Bürgschaften an der Absicherung des Risikos für die Arbeitnehmer beteiligen.

## **Sachsen fördert neue Wege der Energieerzeugung**

Die sächsische SPD bekennt sich zur Stromerzeugung aus heimischer Braunkohle. Unabhängig davon gilt es langfristig die Energieversorgung zugunsten kleinerer, dezentraler Strukturen bereits heute wirkungsvoll zu unterstützen.

Die Absatzmöglichkeiten für in Sachsen erzeugte Energie außerhalb der eigenen Grenzen müssen verbessert werden. Der sich abzeichnende stufenweise Ausstieg aus der Kernenergie bietet dafür eine gute Chance. Die SPD setzt sich weiterhin für die Gründung einer mitteldeutschen Strombörse in Leipzig ein.

Durch den Einsatz neuer Technologien sowie durch Kraft-Wärme-Kopplung muß sich die Effizienz und damit die Umweltverträglichkeit bei der Nutzung konventioneller Energien weiter erhöhen.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die überdurchschnittlich hohen Strompreise in Sachsen. Sie müssen so schnell wie möglich mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts abgesenkt werden.

Die umfangreichen Programme unserer Bundesregierung zur Förderung regenerativer Energien wollen wir in Sachsen rasch umsetzen und durch spezifische Landesmaßnahmen erweitern. Parallel dazu müssen die immensen Energiesparpotentiale besser genutzt werden. Auf diese Weise leisten wir einen wirksamen Beitrag Sachsens zum weltweiten Klimaschutz.

Die Förderung erneuerbarer Energien (vornehmlich Sonne, Biomasse und Wind) nützt dem aktiven Umweltschutz und stützt den Forschungs- und Industriestandort Sachsen. Das kommt auch dem Arbeitsmarkt zugute. Speziell für die industrielle Massenfertigung für moderne Solartechnologien verfügt Sachsen über erstklassige Ausgangsbedingungen. Der verstärkte Einsatz von Biomasse zur Energiegewinnung eröffnet für die sächsische Land- und Forstwirtschaft völlig neue Perspektiven.

## **Das werden wir tun:**

1. Für den öffentlichen Dienst, der ein wichtiger Beschäftigungsfaktor in Sachsen ist, werden wir ein Bündnis für Arbeit initiieren. Dieser soll Vorbildcharakter für einen allgemeinen "Beschäftigungspakt" in Sachsen zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung haben. Der Beschäftigungspakt wird den Rahmen für vielfältige Reformen abgeben.
2. Mit einem Sofortprogramm zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung werden wir auf dem Arbeitsmarkt wieder Recht und Ordnung herstellen.

3. Mit einem Landesgesetz zur Regelung der Vergabe öffentlicher Aufträge werden wir dafür sorgen, daß öffentliche Aufträge vorrangig an ausbildende und Sozialstandards einhaltende Betriebe vergeben werden.
4. Mit einem sächsischen Landesprogramm "Chance 99" werden wir in Ergänzung des Bundesprogramms "Jugend mit Perspektive" Zusatzqualifikationen und berufliche Einstiegshilfen gezielt fördern.
5. Wir werden ein Programm zur Förderung erneuerbarer Energien sowie von Energiesparmaßnahmen auflegen.
6. Wir bilden jeweils eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zum gemeinsamen Planen von grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten und industriellen Großprojekten mit Polen und Tschechien.

# **Stadtentwicklung und Verkehr: Infrastruktur entwickeln – Mobilität sichern**

Die Diskussion um den Fachlichen Entwicklungsplan Verkehr hat gezeigt, daß die CDU-Regierung nicht in der Lage ist Verkehrspolitik in einem Zusammenhang mit Gesellschafts-, Wirtschafts-, Umwelt- und Raumordnungspolitik zu begreifen und entsprechend zu handeln.

Ziel sozialdemokratischer Politik wird es sein, mittels einer integrierten Gesamtverkehrsplanung die Mobilität für alle Bürger zu gewährleisten, gleichzeitig aber Mensch und Umwelt durch eine umweltorientierte, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit des Verkehrssystems zu schützen.

## **Wohnen: Unsere Städte und Gemeinden lebenswerter gestalten**

Eine gut entwickelte regionale und städtische Infrastruktur, ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an bezahlbaren Wohnungen sowie lebendige Stadtbilder sind Standortfaktoren, die bei Investitionsentscheidungen eine immer größere Bedeutung erlangen.

Die SPD wird sich in den nächsten Jahren dafür einsetzen, daß sich die sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Probleme in bestimmten Stadtteilen nicht weiter verschärfen.

Ein Schwerpunkt der Städtebauförderung muß bei den Plattenbausiedlungen liegen, die wir zu lebendigen Stadtteilen entwickeln wollen. Die Städtebauförderung muß dafür mit speziellen sozialen Programmen kombiniert werden.

## **Verkehr: Soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit durch Aufbau eines integrierten Verkehrssystems sichern**

Sachsen benötigt ein integriertes Verkehrssystem, welches die verschiedenen Verkehrsträger und -netze optimal miteinander verknüpft und somit die Voraussetzungen dafür schafft, daß möglichst hohe Anteile des Straßen- und Luftverkehrs auf Schienen und Wasserstraßen verlagert werden können.

Es ist unser Ziel, den kombinierten Verkehr, z. B. die Transportkette Schiff-Bahn-LKW, weit stärker als bisher zu fördern. Dazu ist es nötig, die Schnittstellen zwischen den Systemen, z.B. Güterverkehrszentren, verstärkt auszubauen. Alle kapazitätssteigernden Maßnahmen müssen zum schnelleren Aufbau integrierter Transportketten ausgeschöpft werden, z. B. durch telematische Systeme, City- und Fernverkehrslogistik und verbesserte Fahrgastinformationen.

Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur müssen weit stärker miteinander verzahnt werden als bisher. Räumlich integrierte Konzepte sind Einzellösungen vorzuziehen.

### **Schiene: Schnelle Verbindungen schaffen**

Die sächsischen Großstädte müssen durch hochwertige Eisenbahnfernverbindungen im Taktverkehr mit den Ballungsräumen Deutschlands verbunden sein. Die Mittelzentren sind durch schnelle Zugverbindungen im Ein-Stunden-Takt an die Großstädte anzuschließen.

Folgende Eisenbahnvorhaben haben für uns oberste Priorität:

- Der ins Stocken geratene Ausbau der Strecke Leipzig-Dresden ist wieder zu forcieren.
- Die "Sachsenmagistrale" ist, unter Einbeziehung des Abschnittes Dresden-Görlitz, zügig als IC-taugliche Strecke auszubauen.
- Die Mitte-Deutschland-Bahn Chemnitz-Gera-Erfurt-Kassel und eine Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Dresden und Prag muß in den



vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen werden.

- Durch ein Modernisierungsprogramm sind alle geeigneten Bahnhöfe und Haltepunkte in moderne Dienstleistungszentren umzuwandeln.

Die SPD unterstützt Flächenbahnkonzepte, denn die Bahn wird nur dann weiter angenommen werden, wenn das Angebot auch im ländlichen Raum befriedigend ist.

## **Straßen: Die Lebensadern ausbauen**

Ein gut erhaltenes und ausbaufähiges Autobahn- und Fernstraßennetz ist für die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens von entscheidender Bedeutung. Die noch bestehenden Defizite müssen deshalb schnell abgebaut werden.

Die Straßenverkehrsprojekte Deutsche Einheit und die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen und begonnenen Projekte sollen zügig fertiggestellt werden. Als infrastrukturelle Grundvoraussetzung für die Osterweiterung der EU kommt der raschen Realisierung des Baus der Autobahn A 17 Dresden-Prag eine vordringliche Bedeutung zu. Wir werden uns deshalb bei der Bundesregierung für dieses Vorhaben besonders einsetzen.

Zwischen Chemnitz und Leipzig ist eine leistungsfähige, vierstreifige Straßenfernverbindung herzustellen. Hoyerswerda ist mittels eines leistungsfähigen Zubringers an das Autobahnnetz anzubinden. Das Straßenprogramm zur Ortsumgehung ist beschleunigt zu realisieren.

Der Zustand des Kreis- und Kommunalstraßennetzes muß spürbar verbessert werden.

## **ÖPNV: Wirtschaftlichkeit und Qualität steigern**

Auf dem Weg zu einem modernen angebotsorientierten öffentlichen Personennahverkehr setzt die SPD auf starke, alle Sparten des Öffentlichen Personennahverkehrs umfassende Verkehrsverbünde. Diese müssen sich als Mobilitätszentralen verstehen und Dienstleistungsketten von Haustür zu

Haustür anbieten. Die besonderen Anforderungen im ländlichen Raum sind dabei zu berücksichtigen. Das System muß für Behinderte nutzbar sein.

Die Voraussetzungen für eine Trendwende zugunsten von Bahn und Bus sind die zügige Fortsetzung des bereits begonnenen umfassenden Modernisierungsprozesses sowie die Verbesserung von Sicherheit, Sauberkeit und Service. Konventioneller ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr und alle anderen Verkehrsträger sind optimal miteinander zu verknüpfen. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der Ausgestaltung der Übergangsstellen zwischen den Verkehrsmitteln zu widmen.

Die Weiterentwicklung der Leipziger und Dresdner Straßenbahnen zu Stadtbahnen sowie die Umsetzung der Eisenbahn-Stadtbahn-Vernetzung im Raum Chemnitz haben unsere besondere Unterstützung.

## **Flughäfen: Sachsen international anbinden**

Sachsen ist, will es speziell in den modernen Industriezweigen als Wirtschaftsfaktor wieder eine Rolle spielen, auf leistungsfähige Verbindungen im internationalen Flugwesen angewiesen.

Deshalb ist das für die Zukunft des Landes bedeutendste Verkehrsinfrastrukturprojekt der Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle zu einem internationalen Luftkreuz.

Der Dresdner Flughafen wird nach Abschluß einer angemessenen Modernisierung künftig als leistungsfähiger Regionalflughafen vorwiegend für nationale Flüge und den Charterverkehr zur Verfügung stehen. Die Flughäfen sind erstklassig an Fernbahn und ÖPNV anzubinden.

## **Straßenverkehr: Die Sicherheit erhöhen**

Die negativen Auswirkungen des Straßenverkehrs auf Mensch und Umwelt werden wir durch gezielte Investitionen in den aktiven und passiven Lärmschutz, spezielle Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die Entschärfung von Engpässen und Unfallschwerpunkten sowie den Bau von Umgehungsstraßen spürbar verringern. Wer rücksichtslos fährt, muß schneller und konsequenter als bisher bestraft werden. Es darf nicht länger ein Kavaliersdelikt sein, wenn

Raser und Alkoholierte das Leben ihrer Mitmenschen aufs Spiel setzen. Unsere ganz besondere Aufmerksamkeit muß dem Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer wie Kindern, älteren Menschen, Behinderten, Fußgängern und Radfahrern gelten.

### **Das werden wir tun:**

1. Für den ÖPNV im Land werden wir wieder eine verlässliche Finanzierungsgrundlage herstellen.
2. Wir werden uns bei der Bundesregierung dafür einsetzen, daß die Mitteldeutschland-Bahn Chemnitz-Gera-Erfurt-Kassel, sowie eine leistungsfähige, vierstreifige Straßenfernverbindung zwischen Chemnitz und Leipzig in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen werden.

# **Ländlicher Raum: Dem Land eine Zukunft geben**

## **Landwirtschaft: Ökologisch und produktiv umgestalten**

Wir werden alles tun, um dauerhaftes Arbeiten und Leben im ländlichen Raum zu sichern und die Infrastruktur in den durch Höhenlagen und schlechten Böden benachteiligten Regionen besonders zu fördern. Wir werden der Landwirtschaft im Rahmen der Agrarpolitik der Europäischen Union eine sichere Zukunft geben, in der die Betriebe durch Nahrungsmittelproduktion, Rohstoff- und Energieerzeugung, Landschaftspflege und Tourismus verlässliche Einkommensquellen haben.

Die EU-Agrarreform und Gatt-Verhandlungen werden dazu führen, daß die Landwirte ihre Einnahmen mehr als bisher auf einem freien Markt erwirtschaften müssen. Deshalb muß der Staat verstärkt die Leistungen der Landwirtschaftsbetriebe für die Gesellschaft honorieren: Landschaftsschutz, Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und Vertragsnaturschutz können so zu neuen Einkommensquellen werden, die einen Ausgleich für die verringerten Erlöse bringen. Nur so ist eine flächendeckende Landbewirtschaftung aufrechtzuerhalten, die in vielen Regionen Sachsens das wirtschaftliche Rückgrat bildet und deshalb unverzichtbar ist.

## **Wirtschaft: Die regionalen Kreisläufe stärken**

Um die regionalen Kreisläufe zu stärken, werden wir die Landschaftspflegeverbände und den ökologischen Landbau verstärkt fördern. Zusätzlich muß die Direktvermarktung und der sanfte Tourismus im ländlichen Raum gezielter als bisher gefördert werden.

Unser sächsischer Wald muß durch umfangreiche Maßnahmen wie Aufforsten, Bodenkalkung und Luftverbesserung vermehrt und wieder gesünder werden. Nur dann kann er seinen vielfältigen Funktionen für Naturkreisläufe, Erholung und Holzwirtschaft dauerhaft gerecht werden.

## **Das werden wir tun:**

1. Wir werden ein Programm zur Förderung der Direktvermarktung auflegen.
2. Wir werden die Landwirtschaftsämter und -verwaltungen straffen und zu Dienstleistungszentren für die Landwirtschaftsbetriebe entwickeln.

# **Berufliche Bildung und Weiterbildung: Endlich die Herausforderungen annehmen**

Die rasanten Veränderungen in der Gesellschaft erfordern von jedem die Bereitschaft und Befähigung, sich zu verändern. Die berufliche Erstausbildung ist ein wichtiger Schritt für den Start in ein selbstverantwortetes Leben. Aber: Bildung ist heute nicht mehr nur ein Privileg der Jugend. Weiterbildung hat nicht nur eine große Bedeutung für die Erhaltung der Berufsfähigkeit, lebenslanges Lernen ist auch für eine hohe Lebensqualität notwendig. Auch wenn ein großer Teil der Weiterbildung nicht an entsprechende Einrichtungen gebunden ist, werden wir diesem, von der CDU vernachlässigten, Bildungssektor unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

## **Lehrstellen: Die Erstausbildung sichern**

Jeder junge Mensch muß nach Abschluß der allgemeinbildenden Schule die Möglichkeit erhalten, eine berufliche Erstausbildung aufzunehmen, gleich ob im dualen System, in einem vollzeitschulischen Bildungsgang oder über ein Studium. Berufliche Bildung hat für uns im Gegensatz zur CDU nicht das primäre Ziel, für die Wirtschaft den Nachwuchs zu sichern, sondern dem Einzelnen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Wir müssen die berufliche Erstausbildung vom Arbeitsmarkt abkoppeln.

Die Chancen der Mittelschulabsolventen, vor allem aber benachteiligter Jugendlicher, werden durch den Markt verzerrt. Wir korrigieren diesen Mißstand durch eine gezielte Förderung.

Das Lehrstellenproblem ist lösbar. Wir haben Konzepte, die gemeinsam mit der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung sofort umgesetzt werden können und von allen Seiten annehmbar sind. Ausbildungsgerechtigkeit muß auch zwischen den Betrieben hergestellt werden. Unser Modell verteilt die Kosten gerecht und bestraft niemanden.

## **Weiterbildung: Den gesellschaftlichen Wandel bewältigen**

Das heutige Arbeitsleben gibt dem Einzelnen die Freiheit, sein Leben mit wechselnden Arbeits- und Berufstätigkeiten zu gestalten. Der erste Berufsabschluß legt nicht mehr die Erwerbsbiographie bis zur Rente fest und muß deshalb auch auf kommende Weiterbildung vorbereiten. Der Einzelne muß die Chance für einen lebenslangen selbstbestimmten Bildungsprozeß haben.

Lebenslanges Lernen braucht eine Vorbereitung, die auch in der beruflichen Erstausbildung gelegt wird. Wir stärken deshalb die allgemeinbildenden Fächer und die Ausbildung von Lernkompetenz und -motivation.

Weiterbildung ist zwar vor allem ein individueller Prozeß. Sie bedarf aber auch der Unterstützung. Deshalb sichern wir die Arbeitsfähigkeit der Weiterbildungsträger und die Qualität vielfältiger Weiterbildungsangebote.

Der Bildungsprozeß muß von jedem individuell auf sich und seine Bedürfnisse zuschneidbar sein. Wir werden die Diskussion über zukünftige Aus- und Weiterbildungsmodelle auf Bundesebene vorantreiben und den landesgesetzlichen Spielraum bis an die Grenzen ausfüllen.

Der Zugang zu Informationen ist wichtigste Bedingung für lebenslanges Lernen. Deshalb müssen Bibliotheken für alle Menschen in Sachsen ohne Probleme zugänglich sein und den Zugriff auf das Internet ermöglichen.

## **Berufliche Bildung: Neue Strukturen schaffen**

Die Qualität der beruflichen Bildung ist nicht vom Organisationsmodell an sich abhängig. Auch wenn sich das duale System in vielen Berufsfeldern bewährt hat und sich für die Zukunft anbietet, stehen vollzeitschulische Ausbildung und Studium gleichberechtigt mit in der gleichen Reihe.

Nur ein vielfältiges und offenes Angebot kann Leistung und Qualität heute und für die Zukunft sichern. Die jetzige Knappheit der Lehrstellen muß auch als Chance für neue Wege begriffen werden, die wir nutzen wollen.

Vielfalt setzt Wettbewerb voraus – auch im Bereich der Anbieter von Weiterbildung. Wir werden den Wettbewerb so regeln, daß die Rechte der

Teilnehmer geschützt und die Qualität der Angebote zum Leistungskriterium wird.

### **Das werden wir tun:**

1. Damit jeder Sachse im Lande selber eine Ausbildung erhalten kann, werden wir mit der sächsischen Wirtschaft Bedarfsdeckung und Finanzierung aushandeln.
2. Wir werden ein von der Wirtschaft anerkanntes und auf die Lehre angerechnetes vollzeitschulisches erstes Lehrjahr in ausgewählten Berufen einführen.
3. Wir werden ein Sofortprogramm zur Einstellung und pädagogischen Qualifikation von Seiteneinsteigern für den berufstheoretischen Unterricht auflegen.
4. Wir werden das Weiterbildungsgesetz so ändern, daß eine vielfältige und flächendeckende Grundversorgung gesichert wird, und ein Rechtsanspruch auf Freistellung besteht.



# **Finanzen: Den Haushalt solide gestalten, Mittel gerecht verteilen und modern verwalten**

Die Finanzpolitik der CDU ging in den vergangenen Jahren vor allem zu Lasten der sächsischen Kommunen. Sie weisen heute die höchste Verschuldung unter den neuen Bundesländern auf.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind in den letzten vier Jahren um 32 Prozent reduziert worden. Gleichzeitig ist im Baugewerbe die private Nachfrage eingebrochen. Die Finanzpolitik der CDU hat damit das Problem der Arbeitslosigkeit deutlich verschärft.

Die staatliche Förderpolitik ist unübersichtlich. Insgesamt 358 Förderprogramme sind zuviel. Eine Erfolgskontrolle findet nicht statt. Die sächsische SPD will eine andere Finanzpolitik – eine Finanzpolitik, die solide, gerecht und modern ist.

## **Finanzpolitik: Die Verantwortung für den Arbeitsmarkt übernehmen**

Die Kreditaufnahme ist ein Instrument zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, aber sie muß begrenzt sein, denn für kommende Generationen muß ein finanzpolitischer Gestaltungsspielraum erhalten bleiben. Deshalb stellen wir unser Wahlprogramm unter einen strikten Finanzierungsvorbehalt.

Langfristig strebt die SPD einen ausgeglichenen Haushalt an. Kurzfristig muß die Finanzpolitik jedoch die Situation auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigen. Bei steigender Arbeitslosigkeit dürfen deshalb die Investitionsausgaben nicht drastisch gekürzt werden, und bei sinkender Arbeitslosigkeit muß die Neuverschuldung reduziert werden.

## **Finanzausgleich: Gerechtigkeit im Land herstellen**

Das Land darf sich nicht weiter auf Kosten der Kommunen sanieren. Die sächsische SPD will deshalb eine faire Verteilung der Steuereinnahmen zwischen dem Freistaat und den Kommunen erreichen. Beim kommunalen Finanzausgleich muß die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen eine stärkere Rolle spielen als bisher.

## **Förderpolitik: Das Controlling verbessern**

Die Zahl der Förderprogramme kann um etwa die Hälfte reduziert werden ohne die Höhe der Förderung zu kürzen. Die Förderprogramme werden wir zielgenauer und transparenter machen. Für einzelne Fördermaßnahmen müssen meßbare Ziele vorgegeben werden, deren Erreichen durch das Parlament und die Öffentlichkeit kontrolliert werden müssen. Hierfür benötigen wir ein modernes Controlling in der öffentlichen Verwaltung, das das überholte System der kameralistischen Haushaltswirtschaft ablöst.

## **Solidarpakt: Die Fortführung sichern**

Die Steuerkraft Sachsens ist gering. Unser eigenes Steueraufkommen erreicht nur rund 60 Prozent des bundesdeutschen Durchschnittswertes. Durch den Solidarpakt sind wir trotzdem in der Lage, überdurchschnittlich viel zu investieren. Aber: Der Solidarpakt läuft im Jahr 2004 aus. Möglichst frühzeitig muß deshalb mit dem Bund und den anderen Bundesländern über eine Nachfolgeregelung Einigkeit erzielt werden. Sachsen braucht noch für einen längeren Zeitraum die Solidarität der finanzstarken Länder.

## **Das werden wir tun:**

1. Die sächsische SPD wird das kommunale Finanzausgleichsgesetz so ändern, daß die Gelder für die Kommunen nicht nur von der Entwicklung der Steuereinnahmen bei Freistaat und Kommunen abhängen. Statt dessen soll auch die Aufgabenverteilung zwischen dem Freistaat und den Kommunen berücksichtigt werden.
2. Die sächsische SPD wird durch Zusammenfassungen und Neueinteilungen die Zahl der Förderprogramme drastisch reduzieren und ihre Übersichtlichkeit und Zielgenauigkeit erhöhen.
3. Die sächsische SPD wird in der staatlichen Verwaltung mit der Einführung eines modernen Controlling beginnen, welches das überholte kameralistische Rechnungswesen ablösen soll.

# **Sozial- und Gesundheitspolitik: Jetzt Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit herstellen**

Die SPD wird darauf drängen, die soziale Situation im Freistaat Sachsen zu verbessern. Die wichtigsten Ziele sind Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt fördern und die soziale Ausgrenzung verhindern.

Die Rahmenbedingungen für eine integrative Sozialpolitik sind auch in Sachsen besser geworden, seit die rot-grüne Bundesregierung im Amt ist. Die ersten Maßnahmen der Bundesregierung, wie z. B. die Reduzierung der Zuzahlungen für Arzneimittel sowie die Rücknahme der Verschlechterungen in der gesetzlichen Rentenversicherung zeigen, daß die Richtung in der Sozialpolitik wieder stimmt.

Für die Herstellung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit ist der Auf- und Ausbau einer bedarfsorientierten sozialen Infrastruktur von großer Bedeutung. Die Träger von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen müssen die weltanschauliche und religiöse Vielfalt im Freistaat Sachsen widerspiegeln. Wohlfahrtsverbände tragen in besonderer Weise dem Gebot der weltanschaulichen und religiösen Pluralität Rechnung und sind daher bei der Ausschreibung von Trägerschaften für Gesundheits- und Sozialeinrichtungen besonders zu berücksichtigen. Für die sächsische SPD ist Privatisierung kein Wert an sich. Private Trägerschaften sind dann sinnvoll, wenn sie neue Qualitätsstandards z. B. durch neuartige Konzepte setzen.

## **Armutsbekämpfung: Eine Gesamtstrategie entwickeln**

In Sachsen ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger allein von 1996 bis 1997 um fast 30 Prozent gestiegen. Eine Untersuchung der beiden christlichen Wohlfahrtsverbände hat gezeigt, daß auf 10 Sozialhilfeempfänger 17 Personen kommen, die zwar Anspruch auf Sozialhilfe haben, diesen Anspruch aber aus verschiedenen Gründen nicht geltend machen.

Um zu verlässlichen Daten zur verdeckten Armut und über die Lebenslagen von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern sowie von Menschen, die von Armut bedroht sind, zu kommen, wird die SPD alle zwei Jahre einen Armutsbericht in Auftrag geben.

Der Hauptgrund für den Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ist im Freistaat Sachsen die Arbeitslosigkeit. An dieser Stelle will die SPD ansetzen. Wir wollen die Beschäftigung von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern fördern, indem wir Programme wie "Arbeit und Qualifizierung statt Sozialhilfe" stärker unterstützen. Dabei bevorzugen wir die Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern mit regulären Arbeitsverträgen und zu üblichen Tariflöhnen.

Gegen die verdeckte Armut insbesondere bei älteren Menschen will die SPD, daß niedrige Renten automatisch soweit angehoben werden, daß der Gang zum Sozialamt entfällt. Dadurch würden auch die Kommunen wieder Spielräume für eine auf die örtlichen Bedürfnisse zugeschnittene Sozialpolitik erhalten.

## **Soziale Infrastruktur: Die Angebote sichern und ausbauen**

Bei der Förderung der sozialen Infrastruktur, zu der z. B. Beratungsdienste, Jugendeinrichtungen, Altenpflegeheime, Kindertagesstätten und Krankenhäuser gehören, werden wir uns um mehr Stetigkeit und Transparenz bemühen. Wir werden die Förderrichtlinien vereinheitlichen und ihre Zahl reduzieren. Wir werden prüfen, bei welchen Förderzielen eine Abweichung vom Prinzip der Jährlichkeit geboten ist und entsprechende Reformen durchsetzen.

Sozial- und Gesundheitseinrichtungen mit vorwiegend regionaler Bedeutung sollen in Zukunft stärker von den Landkreisen und kreisfreien Städten verantwortet werden. Zusammen mit der Planungs- und Betreiberverantwortung wollen wir auch die finanzielle Verantwortung der Kommunen stärken. Um diese neuen Verantwortlichkeiten übernehmen zu können, muß den Kommunen eine aufgabenentsprechende Aufstockung der Finanzausgleichsmittel eingeräumt werden. Darüber hinaus werden wir prüfen, wo eine Landesförderung durch Sozial- und Jugendpauschalen möglich und sinnvoll ist.

## **Gesundheitspolitik: Die bedarfsgerechte Versorgung gewährleisten**

Das Gesundheitswesen wird zur Zeit von den Leistungsanbietern, also von den Ärzten und der Pharmaindustrie beherrscht. Um dieses Ungleichgewicht zu beseitigen, ist eine größere Vertragsfreiheit der Krankenkassen mit den Leistungserbringern nötig. Wir brauchen ein auf die Patienten bezogenes bedarfsorientiertes Gesundheitswesen. Leistungen müssen dort und in dem Umfang erbracht werden, wo und wie sie für die Patienten am sinnvollsten sind. Ein wichtiges Kernstück liegt in der besseren Kooperation von ambulanten und stationären medizinischen Leistungen mit Präventions- und Rehabilitationsangeboten und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Entscheidungsprozesse.

Auf der Grundlage einer detaillierten Gesundheitsberichterstattung für den Freistaat Sachsen sind kurz- und mittelfristige Gesundheitsziele zu definieren, ein Landespräventionskonzept zu entwickeln und der Bedarf zu ermitteln. Das wird im Zusammenspiel der Sozialversicherungen, den Leistungserbringern, Selbsthilfegruppen und der Staatsregierung erfolgen.

Patienten wollen und müssen informiert werden. Deshalb werden wir unabhängige Patientenberatungsstellen fördern. Wir werden kommunale Gesundheitskonferenzen bilden, um Gesundheitsziele und Erfordernisse vor Ort festzustellen und eine ganzheitliche gesundheitliche Versorgung von der Prävention bis zur Rehabilitation voranzubringen.

Wir werden die Errichtung von Gesundheitszentren mit präventiven, therapeutischen und rehabilitativen Aufgaben befördern, in denen Ärzte und andere medizinische Fachberufe eng zusammenarbeiten. Wir wollen, daß es unheilbar kranken Menschen ermöglicht wird, möglichst schmerz- und angstfrei ihren letzten Lebensabschnitt außerhalb des Krankenhauses zu leben. Deshalb werden wir den Hospizgedanken fördern.

Von besonderer gesundheitspolitischer Bedeutung sind die Krankenhäuser. Wir wollen, daß sich die Krankenhäuser öffnen. Zum einen sollen sie berechtigt sein, an der ambulanten medizinischen Versorgung teilzunehmen, zum anderen sollen ihre präventiven, therapeutischen, sozialen und

rehabilitativen Ressourcen aber auch vom ambulanten medizinischen Sektor sowie von Selbsthilfegruppen genutzt werden können.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser in Sachsen verbessern. Dazu gehört eine bedarfsgerechte und finanzierbare Krankenhausplanung, bei der den Krankenkassen größere Mitspracherechte eingeräumt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Krankenhausplanung effektiver wird und sich mehr an den gesundheitspolitischen Erfordernissen ausrichtet.

In der Rehabilitation werden wir auf ein abgestuftes Versorgungssystem im Freistaat Sachsen hinwirken. Dabei werden wir uns auch um die Entwicklung wohnortnaher ambulanter und teilstationärer Modelle kümmern. Die sächsischen Kurorte mit ihrer jahrhundertealten Tradition werden wir bei ihrer Weiterentwicklung unterstützen.

Die Versorgung psychisch kranker und behinderter Menschen hat im Freistaat Sachsen noch immer nicht den erforderlichen Standard erreicht. So kann weder die Situation der stationären Versorgung noch der Aufbaustand gemeindepsychiatrischer Strukturen bisher als befriedigend eingeschätzt werden. Aus diesen Gründen wird die SPD die Sächsischen Landeskrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie besser in die im Aufbau befindlichen gemeindepsychiatrischen Verbände einbeziehen und für die ambulante psychiatrische Behandlung öffnen. Das Enthospitalisierungsprogramm werden wir fortführen, dabei aber genau darauf achten, daß die Art der Enthospitalisierung dem Wunsch- und Wahlrecht der Patientinnen und Patienten sowie der Angehörigen so weit wie möglich entspricht. Wir sind uns bewußt, daß der Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitsgelegenheiten für die berufliche und soziale Eingliederung von psychisch kranken und behinderten Menschen eine Schlüsselstellung zukommt. Arbeitsprojekten, beispielsweise in Integrations- und Selbsthilfefirmen, aber auch in Werkstätten für Behinderte werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen.

## **Pflege: Die Menschen in den Mittelpunkt stellen**

Pflegebedürftige Menschen werden in Deutschland und in Sachsen noch zu häufig als bloße Empfänger medizinischer und sozialer Dienstleistungen behandelt. Das Ziel einer aktivierenden und menschlichen Pflege bedarf neuer Strategien und einer großen Portion Phantasie.

Menschliche Pflege kann am besten in der gewohnten sozialen Umgebung unter Erhalt der häufig über Jahrzehnte gewachsenen sozialen Kontakte gewährleistet werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Dazu ist es erforderlich, daß in allen Gemeinden und Gemeindeteilen integrierte Pflegekonzepte angeboten werden. Sie sollten im Idealfall ein aufeinander abgestimmtes alten- und behindertengerechtes Wohnen mit Rehabilitations-, ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeangeboten sowie Freizeit-, Kontakt- und Bildungsangeboten möglich machen. Das Bundesprogramm zur investiven Förderung von Pflegeeinrichtungen wird die SPD in diesem Sinne fortführen und reformieren.

Um den Pflegebedarf besser ermitteln und planen zu können und die Pflegeberatung zu verbessern, werden wir regionale Pflegekonferenzen einberufen und unabhängige Pflegeberatungsstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen einrichten. Den Pflegekonferenzen wird auch die Aufgabe zukommen, die Qualität in den Pflegeeinrichtungen und -diensten zu sichern. Flankierend werden wir die Pflege- und Zulassungsstandards, insbesondere in der ambulanten Pflege, genauer definieren und kontrollieren.

Für die große und zunehmende Zahl der gerontopsychiatrisch erkrankten Menschen werden wir die Versorgungsstruktur verbessern, indem wir gerontopsychiatrische Einrichtungen fördern und die gerontopsychiatrische Versorgung im Gesundheits- und Pflegewesen bedarfsgerecht weiterentwickeln.

## **Behinderte: Die Gleichstellung verwirklichen**

Behinderte haben einen Anspruch darauf, in Beruf, Arbeit und Gesellschaft mit Nichtbehinderten gleichgestellt zu werden. Nach wie vor ist die Arbeitslosenquote Behinderter im Freistaat Sachsen überproportional hoch. Öffentliche und private Arbeitgeber erfüllen ihre Pflicht, Behinderte zu beschäftigen, nur unzureichend.

Die SPD wird das Landesblindengeldgesetz zu einem Nachteilsausgleichsgesetz ausbauen, das je nach Grad der Behinderung Einkommensleistungen an Schwerbehinderte zum Ausgleich der behinderungsbedingten Mehraufwendungen gewährt.



Die Gleichstellung Behinderter soll durch die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes, das u. a. ein Gleichstellungsgebot und Vorschriften zum barrierefreien Bauen enthalten soll, und der Berufung eines Behindertenbeauftragten verbessert werden.

Darüber hinaus werden wir Arbeitsangebote für Behinderte weiterentwickeln. Wir werden prüfen, wie Integrationsbetriebe und Selbsthilfefirmen aus Mitteln der Hauptfürsorgestelle zielgerichteter gefördert werden können. Um die Situation der Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst zu verbessern, werden wir den Ministerien und ihren nachgeordneten Landesbehörden schärfere Vorgaben zur Erfüllung ihrer Beschäftigungspflicht auferlegen.

## **Drogen: Prävention und Hilfe stärken und ausbauen**

Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit gehören zu den häufigsten Erkrankungen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Freistaat Sachsen war der Mißbrauch von illegalen Drogen dagegen bis vor wenigen Jahren wenig verbreitet. Dies hat sich in den letzten drei Jahren schlagartig verändert. Prävention, Therapie und Rehabilitation sind im Freistaat Sachsen bisher nicht auf diese Veränderung eingestellt.

Grundsätzlich tritt die SPD dafür ein, Abhängigkeitskranken weitgehende und einzelfallbezogene Hilfen anzubieten und möglichst auf Sanktionen zu verzichten. Auf der anderen Seite werden wir Dealern durch entschlossene Strafverfolgung und juristische Strenge das Handwerk legen.

Für die SPD sind die Verbesserung der Prävention und Suchtkrankenhilfe vordringlich. Innerhalb eines Landespräventionskonzepts werden wir die Stärkung der Persönlichkeit vor allem junger Menschen anstreben, damit diese den Suchtgefährdungen widerstehen können. In der Therapie und Rehabilitation suchtkranker Kinder, Jugendlicher und Heranwachsender werden wir die in Sachsen vorhandenen Lücken schließen. Dazu werden wir spezielle Therapieplätze für Jugendliche nach einer erfolgten Entzugs- oder Entwöhnungsbehandlung in Sachsen einrichten und ein Förderprogramm für betreutes Wohnen auflegen.

Darüber hinaus werden wir ein Suchthilfeprogramm in den sächsischen Justizvollzugsanstalten ins Leben rufen und die Behandlung Suchtkranker durch ein Methadonprogramm und durch ärztlich kontrollierte Abgabe von Originalstoffen ermöglichen. Diese Maßnahmen sollen die soziale und gesundheitliche Verelendung von Drogenabhängigen verhindern und die Beschaffungskriminalität eindämmen.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden einen Armutsbericht für den Freistaat Sachsen erstellen. Die verdeckte Armut werden wir durch Verbesserung von Beratungsangeboten und die Umschichtung von Sozialleistungen bekämpfen. Des weiteren werden wir die Berufsperspektiven von Sozialhilfeempfängern durch ein Programm "Arbeit und Qualifizierung statt Sozialhilfe" verbessern.
2. Wir werden die Qualität und Transparenz in der Pflege durch Einrichtung von Pflegeberatungsstellen und Einberufung von regionalen Pflegekonferenzen verbessern.
3. Wir werden eine detaillierte Gesundheitsberichterstattung und die Benennung kurz- und mittelfristiger Gesundheitsziele einführen.

# **Kinder und Jugend: Chancen und Entfaltung sichern**

Junge Menschen verkörpern nicht nur unsere Zukunft, sie entwerfen und entwickeln sie. Im Gegensatz zur CDU wollen wir dieses Potential aktiv nutzen und Jugendliche nicht einfach in die bestehende Gesellschaft einpassen. Jugend braucht Freiheit und Verantwortung. Im Umgang mit der Jugend und in der Kinderfreundlichkeit einer Gesellschaft spiegelt sich deren Zukunftsfähigkeit.

## **Chancengerechtigkeit: Nachteile ausgleichen**

Für die gerechte Verteilung von Lebenschancen hat die Kinder- und Jugendphase eine entscheidende Bedeutung. In ihr werden nicht nur wesentliche Lebenskompetenzen erworben, sondern es erfolgt auch der Eintritt ins Erwerbsleben. Nur wer über ein eigenes Einkommen verfügt, kann letztlich auch sein Leben eigenverantwortlich gestalten.

Jugendhilfe gleicht Benachteiligungen aus und fördert den Einzelnen. Wir stärken die plurale Struktur und die Vielfalt der Angebote in hoher Qualität.

Familie ist ein wichtiger Entwicklungsfaktor für junge Menschen. Elternteile brauchen nicht nur finanzielle sondern ebenso pädagogische Unterstützung, die wir gleichberechtigt gewähren wollen.

Das Lehrstellenproblem ist lösbar. Wir haben Konzepte, die gemeinsam mit der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung umgesetzt werden können.

Jungen Menschen, die Unterstützung beim Start ins Erwerbsleben benötigen, werden wir gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung und den Kommunen helfen.

## **Kinder: Rechte sichern**

Auch wenn Kinder auf Erwachsene angewiesen sind, gehören sie sich selbst. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten, die sie nur mit Hilfe

von Erwachsenen umsetzen können. In der Achtung dieser Rechte zeigt sich die Menschlichkeit einer Gesellschaft.

Wir werden die UN-Konvention über die Rechte der Kinder im Freistaat Sachsen verbindlich umsetzen und darauf hinwirken, daß Kinder ihre eigenständigen Interessen in ihrem Lebensumfeld besser zum Ausdruck bringen können und berücksichtigt finden.

## **Jugend: Verantwortung übertragen und Freiräume schaffen**

Die Jugendphase ist nicht einfach eine Zeit der Vorbereitung auf ein späteres Leben, sondern sie ist ein wesentlicher Abschnitt der Biographie. In ihr können die Heranwachsenden den verantwortlichen Gebrauch von Freiheit nur lernen, wenn sie Freiheiten mit den daran geknüpften Verantwortlichkeiten ausprobieren und erleben können.

Unsere Gesellschaft muß kinder- und jugendfreundlicher werden und Ihnen den Raum geben, den sie für ihre Entwicklung brauchen. Ihre Interessen und Bedürfnisse werden wir stärker und verbindlicher in alle Bereiche staatlichen Planens und Handelns einbeziehen und den Kommunen entsprechende Vorgaben vermitteln. Eine kinder- und jugendgerechte Umwelt erschöpft sich nicht in ausreichend altersgerechten Spiel- und Sportgelegenheiten, sondern wird von uns als durchgängiges Prinzip in der Verkehrs- und Raumplanung verstanden.

Jugend braucht Gestaltungsräume. In dem Maße, wie Jugendliche bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, wollen wir ihnen Freiräume überlassen. Wir werden die Kommunen hierzu ermutigen und dabei unterstützen.

Schüler müssen ihre Schule mitgestalten können. Wir werden die Schulen demokratisieren. Demokratie läßt sich nur durch Demokratie lernen.

Kinder und Jugendliche haben Interessen, die sie selbst artikulieren und vertreten können müssen. Wir sichern deren Einbeziehung und treten darüber hinaus für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein.

## **Jugendarbeit und Jugendhilfe: Die Trägervielfalt sichern**

Je vielfältiger und differenzierter sich die Träger- und Angebotslandschaft in der Jugendhilfe gestaltet, um so wichtiger wird eine verlässliche und leistungsbezogene Finanzierung dieser Angebote. Zugleich wächst die Rolle der Jugendhilfeplanung zur Sicherung der Deckung des Bedarfes. Wir werden mit den freien und öffentlichen Trägern gemeinsam einen Weg zur verlässlichen Finanzierung der Jugendarbeit suchen.

Die Zuweisung der Mittel für die Jugendarbeit in Form einer Jugendpauschale kann die Selbstverantwortung der Kommunen stärken, die Trägervielfalt sichern und Bürokratie und Abhängigkeit reduzieren. Die Jugendstiftung für kurzfristige Projekte und direkte Zuweisungen für landesweite Verbände ergänzen die Finanzierung.

Die bestehenden Berührungspunkte zwischen Jugendhilfe und Schule nützen weder den Schülern noch den Lehrern. Wir wollen Hindernisse für Projekte der Jugendhilfe an Schulen beseitigen und fördern die Schulsozialarbeit.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden die Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit durch verbindliche Finanzierungszusagen des Landes absichern.
2. Wir werden eine Diskussion mit den freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe beginnen, um die Form der Finanzierung – etwa durch Jugendpauschalen – zu verbessern.
3. Wir werden sofort das Kapital der Jugendstiftung um 2 Millionen DM aufstocken, damit Jugendinitiativen unbürokratisch unterstützt werden können.
4. Wir werden den Landesentwicklungsplan unter dem Aspekt der Kinderfreundlichkeit überarbeiten.

## **Alter: Die Selbstbestimmung sichern**

Der demographische Wandel fordert von der Politik neue Ideen und Tatkraft für: Arbeitsmarkt und soziale Sicherung, Wohnen, Gesundheit und Bildung sowie für die Aktivierung gesellschaftlicher Eigeninitiative. Neue Lösungen können nur auf der Basis eines gesicherten Generationenvertrages gefunden werden. Die SPD stellt sich diesen Herausforderungen. Die Stärkung der Solidarität zwischen alten und jungen Menschen ist eines unserer zentralen Ziele.

## **Senioren: Das Alter als aktive Lebensform anerkennen**

In unserer Gesellschaft hat sich die Erkenntnis noch immer nicht durchgesetzt, daß die Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen für unsere Zukunft eine besondere Bedeutung haben. Die Lebenseinstellungen der meisten älteren Menschen haben sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Ältere Menschen möchten nicht in den Ruhestand geschickt werden, sondern sich weiterhin engagieren und dabei Art und Umfang ihres Engagements selbst bestimmen. Sie wissen um die Bedeutung ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen für unsere Gesellschaft. Sie sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel. Sie wollen einen aktiven Beitrag für Demokratie und soziale Gerechtigkeit leisten.

Wir wollen, daß Seniorinnen und Senioren gesellschaftlich aktiv bleiben, ihr Leben selbst bestimmen und an gesellschaftlichen und politischen Prozessen aktiv teilnehmen. Wir ermutigen ältere Menschen ausdrücklich dazu, sich politisch zu engagieren.

## **Gesellschaft: Engagement nutzen**

Eine wichtige und bewährte Maßnahme, um Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen zu nutzen, ist das Aktionsprogramm 55, das die SPD ausbauen und erweitern will. Zusätzlich werden wir uns für die Förderung von Seniorenagenturen einsetzen, die die ehrenamtliche Arbeit von Seniorinnen und Senioren fördern.

Besondere Bedeutung kommt dem gesellschaftlichen Umfeld zu, in dem ältere Menschen leben. Sie wollen weder Kindern und Enkeln zur Last fallen, noch den Kontakt zu jüngeren Menschen verlieren. Ältere Menschen haben Angst in einer Gesellschaft, in der die Kriminalität scheinbar Überhand gewinnt. Diesen Bedürfnissen muß insbesondere im Wohnumfeld älterer Menschen Rechnung getragen werden. Die SPD setzt sich deshalb für neuartige Wohnprojekte ein, die ein generationenübergreifendes Wohnen ermöglichen.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden das Aktionsprogramm 55 erweitern und Seniorenagenturen ausbauen.
2. Wir werden generationenübergreifende Wohnprojekte besonders fördern.

## **Frauen: Die Gleichstellung erreichen**

Wenn unsere Gesellschaft die Herausforderungen der Zukunft meistern will, dann muß sie die geistige und kreative Kraft von Frauen entfalten. Die SPD will die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am gesellschaftlichen und beruflichen Leben im Freistaat Sachsen konsequent umsetzen. Vorstellungen von Kinder, Küche und Herd wie sie bei der CDU noch weitverbreitet sind, haben in einer modernen Gesellschaft keinen Platz.

## **Gesellschaft: Die traditionellen Rollen aufbrechen**

Die Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in unserer Gesellschaft gleichen sich. Sie wollen nach der Schulausbildung eine Berufsausbildung beginnen. Aber Mädchen werden bei der Lehrstellenvergabe benachteiligt und in sogenannte frauentypische Berufe abgedrängt.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß Schulabgängerinnen einen gleichberechtigten Zugang zur beruflichen Erstausbildung in allen zukunfts-trächtigen Berufen erhalten. Wir werden die Diskussion über eine zukunfts-orientierte Ausbildungsordnung vorantreiben.

Frauen im Freistaat Sachsen wollen sich im Berufsleben voll entfalten und die Möglichkeit haben, zu Führungspositionen aufsteigen zu können, und dafür werden wir arbeiten.

## **Gleichstellung: Die Rechtsgrundlage verbessern**

Wir werden die Gleichstellung von Frauen in Beruf und Gesellschaft durch ein neues, wirkungsvolles Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Regelungen zur Frauenförderung im öffentlichen Dienst und zur Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten, insbesondere im kommunalen Bereich voranbringen. Darüber hinaus soll das Landesgleichstellungsgesetz über die Verpflichtung, frauenfördernde Maßnahmen in den Unternehmen umzusetzen, auch die berufstätigen Frauen in den Betrieben fördern.



## **Beschäftigung: Die Chancengleichheit fördern**

Das Wort Chancengleichheit für Frauen muß endlich in Sachsen mit Inhalten gefüllt werden:

- Frauen sollen an der aktiven Arbeitsförderung entsprechend ihrem Anteil an der Zahl der Arbeitslosen teilhaben können. Das gilt besonders für neue Arbeitsplätze. Strukturfonds sollen deshalb ausdrücklich zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts eingesetzt werden, z. B. durch Förderung der beruflichen Qualifikation und Hilfen für Existenzgründerinnen.
- Förder- und Bildungsprogramme für Frauen, die länger arbeitslos waren, müssen ihnen die Chance geben, ihre beruflichen Ziele zu erreichen.
- Jede Bürgerin im Freistaat Sachsen, egal ob sie in ländlichen Regionen oder in Ballungsräumen wohnt, kann darauf vertrauen, daß die Strukturpolitik der SPD darauf ausgerichtet ist, gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen zu schaffen.
- Die SPD wird Existenzgründerinnen bei der Start- und Fremdkapitalbeschaffung durch zielgenaue Existenzgründerinnen-Darlehensprogramme und spezielle Beratungsangebote unterstützen.

## **Mitbestimmung: Die Voraussetzungen verbessern**

Jede Bürgerin des Freistaates Sachsen muß auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene Zugang zu allen Entscheidungsfunktionen haben. Die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an politischen Beschlüssen ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Die Teilhabe von Frauen an der Politik ist nicht nur ein Recht, sondern erschließt das ganze Potential der Gesellschaft.

Die SPD wird sich deshalb vehement dafür einsetzen, daß Frauen und Männer in allen Gremien und Institutionen ausgewogen und paritätisch vertreten sind.

## **Frauen: Die Eigenständigkeit sichern**

Auch im Freistaat Sachsen sind alleinerziehende, ältere und alleinstehende Frauen stärker von Armut betroffen, weil sie im Berufsleben benachteiligt werden, länger arbeitslos sind oder eine geringere Rente beziehen. Viele verfügen nicht einmal über das Existenzminimum.

Die SPD wird alle Initiativen der Bundesregierung unterstützen, die auf eine eigenständige ökonomische Absicherung von Frauen abzielen und in den Bereichen Arbeitslohn, Wohnrecht, Verbesserung des sozialen Schutzes und Schaffung von gleichberechtigten Ruhestandsansprüchen für Frauen Gerechtigkeit herstellen wollen.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden ein wirkungsvolles Landesgleichstellungsgesetz schaffen, welches die öffentliche Auftragsvergabe an frauenfördernde Maßnahmen in der Privatwirtschaft bindet und die Position und die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten stärkt.
2. Wir werden ein Ausbildungsprogramm schaffen, mit dem vorwiegend Mädchen Zugang zur beruflichen Erstausbildung in allen Berufen erhalten.
3. Wir werden Existenzgründungen durch Frauen mit einem Existenzgründerinnen-Darlehensprogramm, das auf Klein- und Mittelunternehmen ausgerichtet ist unterstützen.

## **Familie: Die Leistung anerkennen**

Die Familie gehört zu den wichtigsten Leistungsträgern in unserer Gesellschaft. Sie ist die zentrale Lebensform der meisten Menschen. Die Familie lebt heute in vielfältigerer Art als früher. Die Stärkung und Förderung aller Familienformen ist der SPD sehr wichtig. Sie müssen so gestärkt werden, daß sie in der Lage sind, ihren Kindern einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, der ihnen eine optimale körperliche, seelische, geistige, und soziale Entwicklung erlaubt.

## **Beruf und Familie: Die Vereinbarkeit sicherstellen**

Kindererziehung ist eine verantwortungsvolle Aufgabe von Mutter und Vater. Sie darf nicht einseitig einen Elternteil belasten und ihn in der beruflichen Entwicklung behindern. Jede Bürgerin und jeder Bürger des Freistaates Sachsen muß die Chance haben, die Aufgaben des Berufslebens und des Familienlebens miteinander verbinden zu können.

Die SPD setzt sich deshalb für eine ausreichende Zahl an Kindereinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten und Kinderbetreuung in pädagogisch hochwertiger Qualität ein. Kindertagesplätze werden im ausgewogenen Verhältnis vom Land, den Kommunen, den Trägern und den Eltern finanziert.

## **Alleinerziehende: Die Risiken mindern**

Vor allem Alleinerziehenden muß der Einstieg ins Erwerbsleben erleichtert und die Erwerbstätigkeit ermöglicht werden. Wir werden den Wiedereinstieg der Eltern, die im Erziehungsurlaub waren, fördern und erleichtern, z. B. durch die Förderung von Aus- und Weiterbildungen.

Das sächsische Landeserziehungsgeldgesetz werden wir ändern: eine Teilzeitberufstätigkeit des betreuenden Elternteils muß im Erziehungsurlaub ebenso zugelassen werden wie die Inanspruchnahme eines Platzes in einer Kindereinrichtung während des Erziehungsurlaubs.

## **Das werden wir tun:**

1. Wir werden das Landeserziehungsgeldgesetz so ändern, daß die leistungseinschränkenden Regelungen wegfallen.
2. Wir werden das Kindertagesstättengesetz so ändern, daß eine hohe pädagogische Qualität der Kinderbetreuung gewährleistet ist, eine Vielfalt an Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten gesichert wird und die Elternbeiträge sozial verträglich gestaltet werden.

## **Schule: Besser auf das Leben vorbereiten**

Die CDU-Leistungsschule krankt nicht nur daran, daß sie sich zu sehr auf die Vermittlung von Wissen beschränkt, statt das Wissen in die Entwicklung von Lebenskompetenzen münden zu lassen. Paradoxerweise entwickelt sie nicht einmal die Leistungsfähigkeit des Einzelnen, sondern selektiert statt zu fördern. Schulische Bildung leistet einen wesentlichen Beitrag bei der Vorbereitung unserer jungen Menschen auf ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben in sozialer, ökologischer und kultureller Verantwortung. Die Schule muß auf Leistung vorbereiten und Lebenskompetenz ausbilden, zu der ein festes, anwendungsbereites und breitgefächertes Grundwissen gehört.

## **Chancengerechtigkeit: Durch Vielfalt sichern**

Die gerechte Verteilung von Bildungschancen erschöpft sich nicht im freien und von der sozialen Herkunft unabhängigen Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Die innere Struktur der Schulen und der in ihr herrschende Geist produzieren neue Verlierer. Deshalb bleibt die Beseitigung bestehender Ungerechtigkeiten oder Benachteiligungen eine Aufgabe, der wir uns immer wieder stellen:

- Die Wahl des Bildungsweges in der vierten Klasse ist zu früh – die gemeinsame Orientierungsstufe ist unsere Alternative. Die starren Mittelschulprofile trennen nach Leistung und Geschlecht – wir ersetzen sie durch die inhaltliche Profilierung einer jeden Schule.
- Wir geben Behinderten oder im Bildungsprozeß benachteiligten Kindern und Jugendlichen mehr Förderung – sei es an einer Regelschule oder an einer Förderschule. Kriterium ist die bestmögliche Entwicklung des einzelnen.
- Wir ermöglichen neue Schul- und Unterrichtsorganisationen, welche bestimmte Lerntypen nicht mehr benachteiligen, individuelle Förderung als selbstverständliches Element enthalten und die Vermittlung von Wissen sehr viel stärker in die Ausbildung von Lebenskompetenzen einbinden.

## **Gestaltungsfreiheit: Verantwortung übertragen**

Wir sehen als ein wichtiges Bildungsziel der Schule, die Heranwachsenden für den verantwortlichen Gebrauch ihrer Freiheit zu befähigen. Dazu müssen die sächsischen Schulen demokratisch organisiert sein, wie die Gesellschaft, und die Freiheit des einzelnen achten. Die CDU organisiert und behandelt die Schule dagegen wie eine Behörde und erstickt sie in einer Flut von Vorschriften und Erlässen. Schulen haben nicht den nötigen Spielraum, ihre pädagogische Verantwortung tatsächlich wahrzunehmen. Dieser Zustand muß im Interesse aller Beteiligten aufgebrochen werden.

Lehrer, Eltern und Schüler müssen ihre Schule selbst gestalten können. Demokratie läßt sich nur durch Demokratie lernen.

Wir regen die Schulen an, sich stärker nach außen zu öffnen. Die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe werden wir verbindlicher gestalten.

## **Leistung: Die Schulen am Ergebnis messen**

Wir bekennen uns zu einer leistungsfähigen und zu Leistungen befähigenden Schule. Im Gegensatz zur CDU messen wir diese Leistung nicht nur in der Spitze und am wiedergegebenen Wissen. Wir messen sie vielmehr an den tatsächlichen Qualifikationen und ausgebildeten Kompetenzen der Absolventen. Wir bekennen uns zugleich zur Verantwortung des Freistaates, dafür den finanziellen Rahmen zu schaffen. Der jetzige Mitteleinsatz pro Schüler ist zu gering. Das belegen nicht nur der offene und verdeckte Unterrichtsausfall, sondern auch die hohe Lehrverpflichtung der Lehrer.

Wir werden den Schülerrückgang nutzen, um die finanzielle Ausstattung der Schulen zu verbessern. Der Klassenrichtwert von 25 Schülern darf nur in Ausnahmen überschritten werden.

Einziges Maßstab erfolgreicher Bildungspolitik ist für uns die Qualifikation der Absolventen. Wir werden die Leistungsfähigkeit einer Schule daran messen und kontrollieren.

Über den Erhalt einer Schule bestimmen deren Qualität und der Schulträger. Ihm übergeben wir die Verantwortung für ein wohnortnahes, leistungsfähiges Schulnetz bei finanzieller Sicherung durch den Freistaat.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden kleine wohnortnahe Schulen zulassen.
2. Wir werden eine Klassenleiterstunde einführen und die Unterrichtsversorgung durch Einstellung junger Lehrer verbessern.
3. Wir werden ein Sonderprogramm des Landes zur Unterstützung dringender Sanierungen der Schulgebäude durchsetzen.
4. Wir werden die Mitsprache von Eltern, Schülern und Lehrern auf die Gestaltung der einzelnen Schule u. a. durch eine gleichberechtigte Beteiligung in der Schulkonferenz mit starken Einflußmöglichkeiten erhöhen.
5. Wir werden durch eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes örtliche Personalvertretungen an jeder Schule einrichten.
6. Wir werden die Unzahl von Vorschriften und Erläse zusammenstreichen.

# **Hochschulen und Wissenschaft: Die Zukunft nicht verbauen**

Sachsens Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind unsere Hoffnung für eine erfolgreiche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Gerade die ständigen Kürzungen der CDU-Regierung in diesem Bereich sind unverantwortlich und werden von uns nicht unterstützt. Aber Geld allein reicht nicht. Lehre und Forschung brauchen die nötigen Freiräume für die Verwendung ihrer Mittel und für die Gestaltung des Wissens- und Technologietransfers.

## **Studium: Die Finanzierung sichern**

Solange ein Studium nicht ohne Eltern oder eigene Erwerbstätigkeit bestritten werden kann, besteht keine Chancengerechtigkeit beim Zugang zur Hochschule.

- Studierende brauchen einen gesicherten Lebensunterhalt. Wir setzen uns für eine elternunabhängige Sockelfinanzierung und neue Lösungen für ein Studium ohne Zwang zum Nebenjob ein.
- Junge Wissenschaftlerinnen haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen. Dazu ist ihre Arbeit mit einer eigenen Familie nur schwer zu vereinbaren. Wir werden die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Karrieren ändern, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

## **Hochschulen: Autonomie stärken**

Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Stätten von Wissenschaft und Kultur erfüllen zum großen Teil Aufgaben, die sich einer Fremdbewertung entziehen und Motivation aus der Aufgabenerfüllung selbst schöpfen. Kameralistische Haushaltsführung und zentrale Personalführung lähmen die Hochschulen und vergeuden Motivation und Geld.



- Wir werden den Hochschulen Haushaltsautonomie und Personalhoheit übertragen und die Gestaltungsräume der Universitätskliniken ausbauen. Der Freistaat hat dabei die Verantwortung für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Wir sichern sie ohne Wenn und Aber.
- Freie Hochschulen müssen demokratisch sein. Wir sichern den Interessenausgleich, ohne Effizienz und Entscheidungsfähigkeit zu schwächen. Nur durch eine stärkere und studienimmanente Einflußnahme der Studierenden kann der Stellenwert der Lehre an den Hochschulen nachhaltig verbessert werden.
- Hochschulen tragen mit ihren Bildungsangeboten Mitverantwortung für die Gestaltung der sächsischen Hochschullandschaft. Wir werden der Landeshochschulkonferenz die entsprechenden Kompetenzen übertragen, ohne die letzte Verantwortung des Freistaates zu berühren.

## **Forschung: Effizienz erhöhen**

Wissenschaft und Forschung sind bedeutende Standortfaktoren. Wir betrachten die Finanzierung in diesen Bereichen als Investitionen in die Zukunft. Dabei gilt es stärker zu sichern, daß diese Investitionen genügend Erträge auch in Sachsen selbst erbringen. Wettbewerb zwischen und in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen kann die Leistung steigern. Er bedarf aber Rahmenbedingungen, die den verschiedenen Aufgaben gerecht werden und nicht zum Verlust kultureller Werte führen.

- Wir werden mit den Hochschulen Leistungsverträge schließen, welche die Grundfinanzierung sichern und einen Teil der staatlichen Mittel leistungs- und qualitätsbezogen vergeben.
- Wir suchen nach Wegen, die vielfältigen Forschungsleistungen stärker auch im eigenen Land zu nutzen. Eine Wirtschaftsförderung, die den Unternehmen Mittel für mittelfristige Forschungsaufträge anbietet, ist ein gangbarer Weg, der Wissenschaft wie Wirtschaft nutzt.
- Die Profilbildung und Vernetzung der sächsischen Hochschulen untereinander, die Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Aufbau von regionalen Forschungsverbänden müssen gefördert werden.

- Wir bekennen uns zur Verantwortung des Landes, wissenschaftliche Eliten zu fördern. Nachwuchsförderprogramme stehen für uns nicht zur Disposition, sondern werden weiter qualifiziert.
- Wir werden die Hochschulen verpflichten, Studiengänge stärker an den späteren Berufsfeldern auszurichten, ohne darüber den wissenschaftlichen Anspruch zurückzustellen, und den Studierenden Einblicke in die berufliche Praxis zu ermöglichen.
- Wir wollen, daß Sachsen wider zu einem international anerkannten Forschungsstandort wird. Daher gilt der europäischen und internationalen Ausrichtung der sächsischen Hochschulen unsere besondere Aufmerksamkeit. Ein großer Teil des Wissenstransfers findet über Personen statt. Wir werden die Hochschulen ermuntern und unterstützen, Studienangebote mit international anerkannten Abschlüssen und in englischer Sprache vorzuhalten, um attraktiver für ausländische Studierende zu werden. Wir wollen, daß viele junge Menschen aus anderen Ländern bei uns studieren, die später Freunde unseres Landes und Partner bei der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit sein werden.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden den Hochschulen ab nächstem Jahr die Haushaltsautonomie übertragen und eine Arbeits- und Expertengruppe zur Ausarbeitung der Kriterien für die leistungsbezogene Zuweisung der Landesmittel an die Hochschulen einsetzen.
2. Wir werden die Mittel für die Graduiertenförderung verdoppeln.
3. Wir werden im Rahmen unserer "Zukunftsinitiative Sachsen" ein Wirtschaftsförderprogramm einrichten, mit welchem mittelständische Unternehmen Forschungsaufträge finanzieren können.
4. Wir werden einen Forschungsbeirat zur Koordinierung und Strukturierung der Forschungsförderung berufen.

# **Kultur: Werte wahren und Freiräume fördern**

Wir orientieren uns in Kulturpolitik und Kulturarbeit an unseren Grundwerten und unserer Tradition. Ein aufgeklärtes gesellschaftliches Klima wird wesentlich von der kulturellen Bildung der Menschen geprägt, deren ästhetisches Empfinden und Urteilsvermögen sich in Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur entwickeln. Wir wollen kritisches Bewußtsein fördern, zu aktiver und solidarischer Lebensgestaltung anregen, persönliche und gesellschaftliche Emanzipation voranbringen.

## **Kultur: Die Lebensqualität sichern**

Wir betrachten den Freistaat Sachsen unter zwei Aspekten, und zwar als Wirtschafts- und Lebensstandort. Altes und Neues, Hoch- und Breitenkultur, urbane und ländliche geprägte Kultur müssen gemeinsam und in ihrem Wechselspiel von Tradition und Innovation gefördert werden.

Öffentliche Kulturförderung steht für uns immer unter dem Anspruch von Qualität. Wir überprüfen Institutionen und Strukturen auf ihren fortdauernden Sinn und ihre angemessene Wirksamkeit.

Permanenter Einspardruck durch Tarifangleichung, Inflation und schlechte kommunale Finanzlage dürfen die inhaltliche Zielsetzung des Kulturraumgesetzes "bürgernahe, effiziente und wandlungsfähige Strukturen zu schaffen", nicht gefährden. In Zusammenarbeit mit den Kulturräumen erarbeiten wir ein Anschlußmodell, welches nach dem Auslaufen des Gesetzes im Jahr 2004 finanzierbare Strukturen zugrunde legt.

Im Schatten von Theatern und Orchestern gedeihen Aktivitäten, welche die Atmosphäre im Land prägen. Die von Vereinen und Verbänden in Stadtteilen und auf dem Lande getragene Breitenkultur steht für die meisten Menschen im Mittelpunkt ihres kulturellen Lebens. Mit einer verlässlichen Finanzierung geben wir Sicherheit für langfristige Planungen in der Kulturarbeit.

Wir stärken eine zukunftsorientierte Denkmalspflege und Museumspolitik, die sich auch an den Bedürfnissen der nachwachsenden Generation orientieren.



Wir unterstützen die kulturelle Eigenständigkeit des sorbischen Volkes auf der Basis des Staatsvertrages zwischen dem Bund und den Ländern Sachsen und Brandenburg.

## **Kunst: Den Widerspruch ermutigen**

Kunst ist ein wichtiger Raum, in dem Alternativen entstehen. Unverständliches ist notwendig für die Offenheit einer Gesellschaft. Sachsen braucht junge Kunst und Kultur. Kultur ist eine europaweite Sprache. Sachsen muß an diesem Dialog teilnehmen können.

Die großen Traditionen der Aus- und Weiterbildung auf den Gebieten der Literatur, des Tanzes, der Bildenden Kunst und der Darstellenden Kunst sowie des Filmes in Sachsen müssen gepflegt und entwickelt werden.

Es sind zumeist die freien Künstlerinnen und Künstler, die produktive Ärgernisse schaffen, Aufbrüche provozieren. Ihre Arbeitsbedingungen bedürfen unserer besonderen Zuwendung.

## **Alltag: Das Miteinander verschiedener Kulturen stärken**

Menschen aus anderen Kulturen und Ländern bereichern das Leben und ermöglichen neue Erfahrungen. Die Wahrnehmung der multikulturellen Zusammensetzung der Gesellschaft ist stark geprägt von der eigenen Lebenslage und den eigenen Erfahrungen. Anregung und Bereicherung durch die kulturelle Vielfalt steht die Angst vor dem und den Fremden gegenüber, die als Konkurrenz und Bedrohung wahrgenommen werden. Für die Städte und Gemeinden stellen sich dadurch neue Probleme der Integration. Wir setzen uns ein für eine gezielte Integration der bei uns lebenden ausländischen Bürger. Wer seinen Platz in der Gesellschaft finden soll, benötigt innerhalb absehbarer Frist auch eine rechtlich abgesicherte Position.

## **Medien: Vielfalt und Freiheit garantieren**

Der Übergang in die Informationsgesellschaft darf nicht dem Markt überlassen werden, denn Chancen und Risiken für ein solidarisches

Miteinander liegen hier nahe beieinander. Elektronische und Printmedien prägen in entscheidendem Maß das geistig-politische Klima und die Wertebildung einer Gesellschaft.

Wir sächsischen Sozialdemokraten stehen für eine kulturelle und publizistische Vielfalt der Medien und ihre Unabhängigkeit vom Staat. Wir bekennen uns zum dualen System von öffentlich-rechtlichen und privaten Hörfunk- und Fernsehanbietern. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten tragen mit ihrem Angebot an Information, Bildung und Unterhaltung wesentlich zur politischen Meinungsbildung bei und müssen deshalb in ihrem Bestand gesichert und entwickelt werden. Die Medien befinden sich in einer besonderen Verantwortung, etwa in Fragen des Jugendschutzes, oder der Gleichstellung von Mann und Frau.

Der nichtkommerzielle Rundfunk ist Teil der demokratischen Medienordnung und trägt insbesondere im lokalen Bereich zur Vielfalt der Medien bei. Wir fördern die Herausbildung von Kompetenz im Umgang mit Medien.

In der Informationsgesellschaft wächst die Bedeutung von Bibliotheken. Neue Medien und Online-Dienste öffnen für die Gesellschaft neue Perspektiven. Wir fordern den gleichberechtigten Zugang zu den neuen Diensten.

Klassische Medienpolitik und Wirtschaftsförderpolitik müssen zusammengeführt werden. Die Förderung und Ausbildung des Nachwuchses muß in die wirtschaftliche Filmförderung integriert werden. Film-, Fernseh- und Medienwirtschaft sind als zukünftige Wachstumsbranchen zu entwickeln.

## **Sport: Rahmenbedingungen verbessern**

Sport ist ein wesentlicher Bestandteil moderner menschlicher Kultur und muß jedem offenstehen, unabhängig von sozialer Stellung, Geschlecht oder Herkunft. Sport trägt nicht nur zur Lebensqualität und Lebensfreude bei, sondern ist auch Mittel zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit und ein Feld für soziale Kommunikation und Integration. Gerade bei Jugendlichen kann sportliche Betätigung dazu beitragen, daß sie ihre Energie nicht zerstörerisch freisetzen und eine positive Gruppenbildung durch den Sport gefördert wird. Dieses Politikfeld braucht zukünftig wieder eine stärkere Aufmerksamkeit.

Wir treten für eine gleichberechtigte Förderung des Schul-, Breiten-, Behinderten- und Leistungssports unter besonderer Beachtung des Kinder- und Jugendsportes ein. Jede Bevorzugung oder Benachteiligung des einen oder anderen Bereichs führt zur Beeinträchtigung des Sports in seiner Gesamtheit und wird deshalb von uns abgelehnt.

Mit einem Sportfördergesetz sichern wir gesetzliche Rahmenbedingungen für den Sport. Eine langfristige Festbetragsfinanzierung sichert die Planungen der Sportorganisationen.

Der Zustand vieler Sportstätten sowie der Bedarf an neuen Sportstätten in den neuen Bundesländern erfordert erhebliche Investitionen, die Sachsen allein nicht aufbringen kann. Mit einem Sonderförderprogramm als langfristigem Finanzierungskonzept zwischen Kommunen, Ländern und Bund wollen wir die Sportstätten in den neuen Ländern an westlichen Standard heranführen.

## **Ehrenamt: Engagement anerkennen**

Mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit setzen sich viele Bürgerinnen und Bürger für eine solidarische Gesellschaft ein und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für die Lebensqualität aller. Diesem Engagement gebührt mehr als Anerkennung und Respekt. Es ist zu wenig, ehrenamtliches Engagement allein durch Dankesworte zu honorieren. Die erworbenen Fähigkeiten und der oft hohe ideelle und materielle persönliche Einsatz müssen von der Gesellschaft angemessen gewürdigt werden.

## **Das werden wir tun:**

1. Wir werden die Kulturraumfinanzierung aufstocken.
2. Wir werden ein Investitionsprogramm für Kulturbauten auflegen.
3. Wir werden eine langfristige Landesförderung für Soziokultur sichern.
4. Wir werden ein Sportfördergesetz verabschieden.
5. Wir werden ehrenamtliche Tätigkeitsfelder besser honorieren.

## **Umwelt: Nachhaltig nutzen**

In Sachsen wurden die Menschen im Zuge der Investitionen in Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung von der CDU-Regierung überfordert und allein gelassen. Viele Menschen werden durch Beiträge und Gebühren überlastet.

## **Abwasser: Die Abgaben gerecht gestalten**

- Wir werden durch eine Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes den Menschen mehr Mitspracherechte bei kommunalen Investitionen einräumen und sie durch eine neue Förderpolitik vor überhöhten Gebühren und Beiträgen für Straßen, Trinkwasser und Abwasser schützen.
- Durch die Streckung von Investitionen, erhöhte Mittelausstattung der Kommunen und die Änderung der Strukturen der Abwasserentsorgung wollen wir dafür sorgen, daß die Beiträge und Gebühren sozial vertretbar bleiben. Oft kann dann auf Beiträge auch ganz verzichtet werden.

## **Naturschutz: Vielfalt erhalten**

- Wir werden das Naturschutzgesetz ändern, um sicherzustellen, daß mindestens 10 Prozent der Landesfläche Naturschutzziele vorbehalten werden, und die Naturschutzverbände durch ein echtes Verbandsklagerecht stärken.
- Die Landschafts- und Naturschutzgebiete dürfen nicht weiterhin zu Vorbehaltsgebieten für Investoren verkommen. Durch eine vorsorgende Landes- und Regionalplanung müssen alle Interessen sorgfältig und langfristig abgewogen werden. Nur mit ihr läßt sich auch eine landesweite Biotopvernetzung erreichen.

## **Abfall: Kostengünstige Alternativen nutzen**

- Wer Abfälle vermeidet oder verwertet und damit Energie und Rohstoffe schont, soll bei den Gebühren spürbar entlastet werden. Der Trend zur Wegwerfgesellschaft muß gestoppt werden. Das fängt beim Produzieren an. Wir wollen deshalb die Beratungshilfen für Handwerker und Gewerbetreibende verbessern. Die Landkreise und kreisfreien Städte dürfen mit den Sanierungskosten für Altdeponien aus der DDR-Zeit nicht allein gelassen werden.
- Bei der zukünftig notwendigen Behandlung von Abfällen vor der Deponierung sind im Interesse der Gebührenzahler sowohl Techniken der thermischen als auch solche zur mechanisch-biologischen Vorbehandlung zuzulassen, wenn eine kostengünstige und umweltverträgliche Ablagerung der Rückstände gesichert ist. Um eine beständige Orientierung am Stand der Technik und sich ändernden Abfallaufkommen zu ermöglichen, brauchen wir flexible Anlagen, z. B. in Modulbauweise.

## **Bodenschutz: Schonend umgehen, sparsam nutzen**

- Die dünne, fruchtbare Bodenschicht hat sich über Jahrtausende gebildet. Oft wird sie verschwenderisch versiegelt, vergiftet oder zerstört. Wir werden ein Programm auflegen, das unkontrolliertem Flächenverbrauch entgegenwirkt und die Revitalisierung von Gewerbe- und Industriebrachen stärker fördert.
- Die großflächige Rekultivierung der Braunkohletagebaulandschaften sowie der Hinterlassenschaften der Wismut AG ist angesichts ihrer Bedeutung für Arbeitsplätze und Standortqualität in den betroffenen Regionen ohne Abstriche fortzuführen.



## **Das werden wir tun:**

1. Wir werden die Gemeindeordnung unverzüglich neufassen und bürgerfreundlicher gestalten.
2. Wir werden durch Finanzierung eines Pilotprojektes zügig eine Abfallentsorgung ohne Müllverbrennung fördern.
3. Wir werden den Verkauf von Naturschutzgebieten an Privatpersonen und Unternehmen unverzüglich beenden.

# **Innere Sicherheit: Zukunft in Freiheit und Sicherheit gestalten**

Sozialdemokratische Politik beruht auf den Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität. Die Würde des Menschen muß im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns stehen. Wir wollen daher für jedes Mitglied unserer Gesellschaft ein Leben in Freiheit und Verantwortung gewährleisten.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, daß ihre Sorgen, Opfer von Straftaten zu werden, ernst genommen werden.

Der Schutz unserer Demokratie vor Kriminalität, Gewalt und Extremismus hat für uns einen hohen Stellenwert. Der Rechtsstaat muß für Inneren Frieden und Innere Sicherheit sorgen.

Nur wenn wir die Verantwortung aller für unsere Gesellschaft wieder wecken, werden wir künftig in Sicherheit leben.

Einen Königsweg zur Bekämpfung von Kriminalität gibt es nicht. Wir werden entschlossen sowohl gegen kriminelles Verhalten als auch ebenso entschlossen gegen ihre Ursachen vorgehen.

## **Kriminalitätsbekämpfung: Konsequent durch Polizei und Justiz sichern**

Bürgerinnen und Bürger sind vor Straftaten zu schützen. Begangene Straftaten sind aufzuklären und zu verfolgen. Sicherheit ohne eine starke und einsatzbereite Polizei ist für uns nicht vorstellbar.

Wer eine leistungsfähige und -bereite Polizei haben will, braucht gut ausgebildete und hoch motivierte Beamte. In Sachsen sind aber immer noch viel zu viele Beamte mit Schreiarbeiten und bürokratischen Zwängen belastet. Sie fehlen vor Ort, um die Sicherheit des Bürgers zu gewährleisten.

Durch Sparen an falscher Stelle wurde in Sachsen bisher eine Aufstockung und eine bessere Vergütung der Polizei verhindert. Viele Polizeibeamte müssen

eine erhebliche Anzahl an Überstunden erbringen, um den Dienst aufrecht zu erhalten.

Deshalb muß der Personalbestand der sächsischen Polizei durch gut ausgebildete Polizisten erhöht und auch die technische Ausstattung weiter verbessert werden.

## **Schleuser- und Grenzkriminalität: Effiziente Strukturen schaffen und ausbauen**

Bei der Bekämpfung der Schleuser- und Grenzkriminalität setzen wir auf eine verstärkte Kooperation mit unseren tschechischen und polnischen Nachbarn.

Neben dem schnellen Austausch von Informationen werden wir daher auf allen Ebenen die direkte Zusammenarbeit mit den tschechischen und polnischen Polizei- und Justizbehörden bis hin zu einem regelmäßigen Austausch von Beamten fördern.

Wie in allen Bereichen der Bekämpfung organisierter Kriminalität muß das Ziel die frühzeitige Erkennung von Strukturen und Organisationsabläufen innerhalb der kriminellen "Szene" sein, um Straftaten zu vermeiden bzw. Täter und Täter hinter den Tätern zur Verantwortung ziehen zu können. Gerade dabei ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die wir fördern und ausbauen werden, unerlässlich.

Wir kämpfen gegen die sexuelle Ausbeutung von Frauen und gegen den Menschenhandel. Wir werden die Zusammenarbeit der Polizei mit den Nachbarstaaten stärken, um den kriminellen Händlerringen das Handwerk zu legen.

## **Gewalt: Vor allem Frauen und Kinder schützen**

Viele Frauen, unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrem Alter, sind im Alltag verschiedenen Formen der Gewalt innerhalb der Familie, am Arbeitsplatz oder im gesellschaftlichen Leben ausgesetzt. Sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung sind ein Angriff auf das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit.

- Wir werden alles tun, um der Gewalt an Frauen und Kindern vorzubeugen und den von Gewalt Betroffenen größtmöglichen Schutz und Hilfe zukommen zu lassen.
- Deshalb werden wir die Förderung der Frauen- und Kinderschutzhäuser durch neue landesrechtliche Regelungen verbessern, z. B. durch Streichung der Selbstbeteiligung und durch eine fachgerechte Betreuung von Kindern, die in ihren Familien Gewalt erfahren haben.
- Auch die Verweisung von Gewalttätern aus der Familienwohnung und die alleinige Wohnungszuweisung an Frauen, die von familiären Gewalttaten bedroht sind, werden wir so unbürokratisch wie möglich machen.

## **Wirtschaftskriminalität: Energisch bekämpfen**

Eine neue Herausforderung ist für Sachsen die organisierte Wirtschaftskriminalität. Bei dieser "neuen Kriminalität" muß der Staat zur Unterstützung von Polizei und Justiz die Kräfte bündeln. So ist der Wirtschaftskriminalität – deren verursachte Schäden oft ein vielfaches der "herkömmlichen" Straftaten ausmachen – nur durch besonders geschultes und gut ausgestattetes Personal Herr zu werden. Auch in diesem Bereich muß eine Aufstockung des Personals bei Staatsanwaltschaft und Polizei erfolgen, um die Ermittlung von Straftaten zu optimieren und zügige Verfahrensabläufe gewährleisten zu können.

Die Schwierigkeiten bei Strafverfolgungen, die im Bereich des Internets auftreten, verdeutlichen, daß eine effiziente Ahndung nur dann erreicht werden kann, wenn die zuständigen Beamten ausgebildet und ausgerüstet sind.

Zudem ist die Einhaltung von Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu sichern. Die Arbeitnehmer müssen vor Lohndumping genauso geschützt werden, wie vor einer Aushebelung der tarifvertraglichen Rahmenbedingungen. Der Mißbrauch von Sozialleistungen muß auf der anderen Seite genauso konsequent verfolgt werden wie die Schwarzarbeit. Dazu ist eine entsprechende Ausstattung der Arbeitsämter und der Polizei zu gewährleisten.

## **Strafvollzug: Wiedereingliederung sichern**

Strafrecht und Strafvollzug dienen der Durchsetzung unserer rechtsstaatlichen Ordnung und müssen im Rahmen der Gesetze effizient eingesetzt werden. Ihr Ziel ist es, Rechtsbrecher wieder in die Gesellschaft einzufügen und nicht Vergeltung zu üben. Ein allein gültiges Patentrezept gibt es nicht. Wir wollen daher an den bewährten Formen festhalten, aber auch offen sein für die Erprobung neuer Konzepte.

- Die Einführung eines Strafgeldes, der Führerscheinentzug oder gemeinnützige Arbeit können neue geeignete Strafformen sein.
- Effiziente Strafverfolgung bedeutet für uns, daß die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen muß. Vom beschleunigten Verfahren muß daher Gebrauch gemacht werden, wo immer es möglich ist.
- Opfern von Straftaten muß die besondere Fürsorge der Gesellschaft gelten. Der Einrichtung von Institutionen zur Opferberatung und zur Durchführung eines Täter-Opferausgleichs sowie zur Konfliktregulierung innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals messen wir besondere Bedeutung zu.

## **Sicherheit: Verantwortung übertragen – soziale Gerechtigkeit stärken**

"Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik." Diese 100 Jahre alte Formulierung des Strafrechtslehrers Franz von Liszt bleibt auch weiterhin Richtschnur unseres Handelns. Die Kriminalitätsbekämpfung ist für die SPD eine gesellschaftspolitische Aufgabe, bei der es vor allem darauf ankommt, die Ursachen und die Strukturen kriminellen Verhaltens zu erkennen und zu beseitigen.

Wir setzen daher bei der sozialen und wirtschaftlichen Situation vieler Menschen an und halten eine aktive Arbeitsmarktpolitik, eine verbesserte Familien-, Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitik für entscheidend, um erfolgreich die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen. Vorbeugende

Kriminalitätsbekämpfung ist sinnvoller und kostengünstiger für die Gesellschaft als eine nachsorgende.

Insbesondere jungen Menschen muß das Gefühl gegeben werden, daß unsere Gesellschaft für sie eine Zukunft bereithält. Kriminalitätsprävention muß zu einem Anliegen der gesamten Gesellschaft werden.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden eine stärkere Polizeipräsenz an Kriminalitätsschwerpunkten ermöglichen, indem wir Polizei von Verwaltungsaufgaben freistellen.
2. Wir werden eine zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei einführen.
3. Wir werden unverzüglich eine Bedarfsanalyse für alle Polizeidienststellen erstellen lassen.
4. Wir werden grenzüberschreitende Dienststellen der Polizei einrichten.
5. Wir werden moderne Kommunikationssysteme im operativen Polizeidienst einführen.

# **Freistaat und kommunale Selbstverwaltung: Auf den Bürger zugehen**

Staatliche und kommunale Verwaltung sind nicht um ihrer selbst willen geschaffen, sondern haben in einer demokratischen Gesellschaft den Belangen und Interessen ihrer Bürger zu dienen. Verwaltung muß frei von Traditionen des Obrigkeitsstaates sein. Sie muß auf allen Ebenen durchschaubar und kontrollierbar sein. Staat und Kommunen müssen Selbsthilfe, Verantwortlichkeit und Beteiligung der Bürger fördern und ihre Verantwortung für soziale Gerechtigkeit wahrnehmen.

Bürger und Wirtschaft benötigen eine handlungsfähige und funktionstüchtige Verwaltung.

Die bisherige CDU-Regierung hat es jedoch nicht verstanden, zukunftsfähige Reformansätze praktisch umzusetzen. Ohne ein tragfähiges Gesamtkonzept wurden Reformvorhaben meist um ihrer selbst willen ins Werk gesetzt.

Bei der Gebiets- und Schulverwaltungsreform ist die Staatsregierung mit ihrem obrigkeitsstaatlichen Ansatz gescheitert. Gegen den Willen der Betroffenen wurden Strukturen geschaffen, die zwar viele Wunden haben entstehen lassen, aber keine Lösung der Probleme brachten. Die Hindernisse im bürokratischen Behördenalltag wurden nicht angegangen.

## **Kommunen: Die Finanzkraft stärken – Verwaltung vereinfachen**

Verwaltung muß so orts- und bürgernah wie möglich sein:

- Vor Ort sind die Probleme bekannt oder können in Augenschein genommen werden. Verwaltung ist hier weniger anonym. Entscheidungen können schneller getroffen werden.
- Verwaltungsaufgaben sind weitestgehend bei einer Behörde zu konzentrieren. Bürger und Verwaltung haben so kurze Wege. Sachlich

Zusammengehörendes wird einheitlich behandelt. Behördeninterne Reibungsverluste werden minimiert.

- Staatliche Aufgaben sind daher so weit wie möglich auf die Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden zu verlagern.
- Die Regierungspräsidien in ihrer bisherigen Gestalt sind abzuschaffen, staatliche Landesämter, wo möglich, zu integrieren und Aufgaben zu bündeln.

Sachsens Ballungsräume müssen zu zukunftsfähigen Zentren des Wachstums entwickelt werden. Hier müssen Wirtschaftsförderung und -planung regional vernetzt werden, der Nahverkehr koordiniert, eine Abfallentsorgung für die Gesamtregion sichergestellt werden. Die Gebietsreform hat diese Probleme nicht bewältigt.

Wir werden daher zur Lösung regionaler Aufgaben gemeinde- und kreisübergreifende Strukturen (Stadt-Umland-Verbände) ermöglichen, die die Verbundenheit der Bürger mit ihren Gemeinden achten und regionale Aufgaben in Eigenverantwortung zu lösen vermögen.

## **Sparkassen: Als kommunale Einrichtungen erhalten**

Die sächsischen Sparkassen sind kommunale Einrichtungen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie sollen Leistungen für die Bevölkerung vor Ort, die Wirtschaft, speziell den Mittelstand, und die öffentliche Hand erbringen, insbesondere das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung fördern.

Mit ihrem dichten Filialnetz, ihrer mittelstandsfreundlichen Kreditvergabe und ihrer regionalen Sport- und Kulturförderung sind die kommunalen Sparkassen ihrem gemeinwohlorientierten öffentlichen Auftrag bisher in vollem Umfang nachgekommen.

Das soll auch weiterhin so bleiben.

Gewinnmaximierung und Profitstreben allein um ihrer selbst willen durch eine zentral geführte Finanzholding für ganz Sachsen lehnen wir ab. Die SPD setzt sich daher für zukunftsfähige Sparkassen in kommunaler Hand ein.



## **Kommunalabgaben: Die Ungerechtigkeiten beseitigen – Bürger entlasten**

Die bisherige Form des Finanzausgleichs zwischen Land und kommunaler Seite hat zu einer erheblichen Benachteiligung der Städte, Gemeinden und Kreise geführt. Sachsens Kommunen sind im Ländervergleich die am höchsten verschuldeten Ostdeutschlands.

Der Aufbau der kommunalen Infrastruktur droht ins Stocken zu geraten: Den Kommunen stehen kaum noch ausreichend finanzielle Mittel zur Sanierung von Schulen, Straßen, Senioren- oder Sporteinrichtungen zur Verfügung.

Das Leistungsangebot der Kommunen mußte mangels finanzieller Zuweisungen des Landes zu Lasten des Bürgers erheblich eingeschränkt werden.

In vielen Orten Sachsens hat zudem die Belastung mit Gebühren und Beiträgen bereits heute schon die Schmerzgrenze für den Bürger erreicht oder gar überschritten.

- Wir werden die entstandene Benachteiligung der kommunalen Seite und die damit verbundene Belastung des Bürgers durch eine Neuorientierung des Finanzausgleichs und der staatlichen Förderpolitik korrigieren.
- Soziale Härten sind durch eine Novellierung des Kommunalabgabengesetzes auszugleichen. Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine Senkung der Abgabenlast für den einzelnen Bürger.
- Der Aufbau der Infrastruktur muß weitergehen.

## **Verwaltung: Leistungstransparenz, Bürger- und Kundenorientierung schaffen**

Das überkommene Bürokratiemodell, das in unseren Verwaltungen den Behördenalltag bestimmt, genügt heutigen Anforderungen an eine moderne und leistungsstarke Verwaltung kaum mehr. Bürgernähe, Leistungstransparenz und die eigenverantwortliche Gestaltung der Arbeitsabläufe kommen zu kurz.

Verwaltung muß für den Bürger da sein und nicht umgekehrt. Wir werden daher neue Modelle zur Steuerung der Verwaltung einführen, die Verwaltung transparenter, effizienter und bürgerfreundlicher gestalten.

Mit Zielvereinbarungen, die im "Gegenstromverfahren" mit dem Personal erarbeitet werden, muß Verwaltung zu einem bürger- und wirtschaftsorientierten Qualitätsmanagement gelangen. Hierarchieebenen müssen abgebaut und Entscheidungskompetenzen an die Behörden vor Ort delegiert werden. Die Aufgabenerfüllung innerhalb der Verwaltung muß intelligent und neu zusammengeführt werden. Ein Lebensvorgang darf nicht eine Vielzahl von Genehmigungen unterschiedlichster Art verschiedenster Ämter auslösen. Genehmigungsverfahren müssen konzentriert, Standards, wo nicht erforderlich, abgebaut und Fördermitteltöpfe, wo möglich, zusammengeführt werden.

- Künftig darf für einen Lebensvorgang, z. B. die Errichtung eines Bauwerks oder einer Anlage, soweit als möglich, nur noch eine Genehmigung und ein Fördermittelantrag nötig werden. Alltägliche Vorgänge müssen an einer Stelle abwickelbar sein.
- Der Bürger, aber auch Unternehmen, sollen, soweit wie möglich, künftig in der Verwaltung nur noch einen kompetenten Ansprechpartner haben.
- Wir werden daher dafür sorgen, daß vermehrt Bürgerämter und Servicestellen für die Wirtschaft eingerichtet werden, die in einfacheren Verfahren kundenorientiert Verwaltungsleistungen erbringen.

Eine leistungsfähige Verwaltung bedeutet auch modernes Kostenmanagement. Effektives und kostenbewußtes Verwaltungshandeln setzt voraus, daß die konkret Handelnden auch Einfluß auf ihr Ausgabeverhalten und ihren Finanzrahmen nehmen können. Das derzeit praktizierte kameralistische Haushaltsrecht führt jedoch oft zu einem Mangel an Eigenverantwortung, Kostentransparenz und Verschwendung öffentlicher Mittel. Wir werden daher vermehrt kaufmännisches Rechnungswesen und eigene Budgets einführen. Die einzelnen Behörden können so eigenverantwortlich wirtschaften.

## **Öffentlicher Dienst: Die Mitbestimmung und Verantwortung sichern**

Unsere Verwaltungen benötigen Personal, das sich flexibel und leistungsbereit seinen Aufgaben stellt. Den Angestellten und Beamten muß die Möglichkeit zur Mitsprache und Mitgestaltung eingeräumt werden; nur so können neue Ideen Platz greifen, Motivation und Identifikation mit der eigenen Tätigkeit gestärkt werden.

Die bisherige CDU-Regierung hat es nicht verstanden, die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten zu fördern. Durch einen hierarchischen Führungsstil, der in der Änderung des Personalvertretungsgesetzes gipfelte, wurden nicht nur die Rechte der Mitarbeiter beschnitten, sondern auch Innovation und eine offene Verwaltung im Keim erstickt. Eine Personalführung im Geiste des Obrigkeitsstaates führte nur allzuoft auch zu einem uninteressierten und obrigkeitsstaatlichen Umgang der Verwaltung mit dem Bürger.

Eine kunden- also bürgerfreundliche Verwaltung muß daher dem Personal eine größere Teilhabe an der Gestaltung von Verwaltung einräumen. Wir werden ein modernes Personalvertretungsrecht einführen, das Eigen- und Gruppenverantwortung stärkt. Zugleich müssen neue Formen einer teamorientierten Personalführung und Personalplanung in unseren Verwaltungen Einzug halten. Obrigkeitsstaatliches Denken muß einem modernen effizienten und demokratischen Staatsverständnis weichen. Wir wollen mündiges Personal, daß sich als Dienstleister für den Bürger versteht.

## **Mitgestaltung: Die Erfahrung des Bürgers und der Wirtschaft nutzen**

Wissen und Erfahrung freier Träger, gesellschaftlicher Organisationen, ehrenamtlich Tätiger aber auch der Wirtschaft müssen künftig öfter auf allen Ebenen genutzt werden. Dabei gibt es vielfältige Möglichkeiten, Außenstehende in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben mit einzubeziehen. Privatisierung ist nur eine Möglichkeit und für uns kein Wert an sich. Jede

Aufgabe stellt spezielle Anforderungen und verlangt ihre eigenen Lösungsansätze. Innerhalb der Gesellschaft liegt ein reichhaltiges Erfahrungspotential, das wir verstärkt nutzen wollen. In der Regierungsverantwortung werden wir daher bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben auf eine verstärkte Kooperation mit dem Bürger und der Wirtschaft bauen. Aber auch die jeweils konkret betroffenen Bürger sind stärker als bisher in die Planung und Verwirklichung öffentlichkeitswirksamer Projekte einzubeziehen. Gerade bei kostenintensiven Vorhaben wie beim kommunalen Straßenbau oder der Wasserver- und Abwasserentsorgung ist eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Bürger sicherzustellen. Wir werden daher die Rechtsstellung der Beteiligten im Verwaltungsablauf verbessern, um künftig eine frühzeitige Einbeziehung der konkret betroffenen Bürger zu erreichen.

### **Das werden wir tun:**

1. Wir werden Regierung und Verwaltung umfassend modernisieren. Dazu gehören eine Neustrukturierung der Landesverwaltung, eine Integration staatlicher Landesämter, Übertragung staatlicher Aufgaben in die kommunale Selbstverwaltung, die Bündelung von Fördermitteln und die Vereinfachung von Verfahren.
2. Wir werden die Kommunen finanziell stärken, damit sie Kindergärten, Schulen, Straßenbau und andere Aufgaben erfüllen können.
3. Wir werden die kommunalen Sparkassen durch eine Änderung des Sparkassenrechts erhalten.
4. Wir werden mit einem neuen Personalvertretungsrecht die Mitbestimmung stärken.
5. Wir werden dafür sorgen, daß Antragsformulare und Bescheide verständlich sind. Bei Eingaben und Anfragen werden wir eine Antwortfrist einführen.
6. Wir werden Bürgerämter sowie Servicestellen für die Wirtschaft einrichten. Eine einzige Anlaufstelle für Behördengänge muß reichen.
7. Wir werden das Kommunalabgabengesetz, ändern, um soziale Härten der Bürger auszugleichen.

# **Sachsen in Europa: Auf die Nachbarn zugehen**

Sachsen war und ist durch sein kulturelles Erbe fester Bestandteil mitteleuropäischer Identität.

Der Freistaat muß wieder ein gestaltender und bewegender Teil des mitteleuropäischen Kernlandes werden und sich zukünftig als Teil einer gemeinsamen Wirtschaftsregion mit Böhmen und Schlesien verstehen. Entsprechend muß die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn durch grenzüberschreitende Projekte und eine vermehrte Zahl von Unternehmensverbänden und Kulturprojekten verstärkt werden.

Wir sächsischen Sozialdemokraten setzen uns daher für einen gemeinsamen Beitritt unserer Nachbarn Polen und Tschechien zur Europäischen Union ein. Nach der geographischen Abrundung nach Westen, Norden und Süden wird damit die Europäische Gemeinschaft in ihren gewachsenen kulturellen Grenzen auch nach Osten arrondiert sein.

Für uns stellt sich gemeinsam mit allen Regionen der EU in den kommenden Jahren des schrittweisen Beitritts dieser Länder die dringliche Aufgabe, das finanzielle Ausgleichssystem der Gemeinschaft so an die veränderten Ansprüche anzupassen, daß seine Überlastung vermieden werden kann. Wir unterstützen daher eine stufenweise Heranführung unserer Nachbarn, in Form eines gemeinsamen Aufeinanderzugehens, an die Vollmitgliedschaft.



Bibliothek der FES



1141365

SPD-Landesverband Sachsen  
Wittenberger Straße 72  
01309 Dresden  
Telefon: 03 51-43 35 6-0  
Telefax: 03 51-43 35 6-62  
[www.spd-sachsen.de](http://www.spd-sachsen.de)